



TRANSPARENCY INTERNATIONAL LUXEMBOURG

The press review

25 au 28 février 2013

Prepared by Transparency International Luxembourg

Disclaimer

Cette revue de presse est compilée par Transparency International Luxembourg. Les idées et opinions exprimées dans les articles cités sont fournis à titre d'information uniquement et ne représentent pas les idées et opinions de Transparency International Luxembourg, qui s'en distance formellement. La véracité et l'exactitude des documents repris ou cités dans cette revue de presse n'a pas été confirmée par Transparency International Luxembourg. Pour toutes questions concernant ce service, nous vous prions de bien vouloir contacter notre bureau au numéro de téléphone 26 38 99 29 ou par e-mail au secretariat@transparence.lu.

Information importante « hotline anti corruption »

Nous vous rappelons que nous avons mis en place une « hotline » qui permet d'obtenir aide et assistance gratuite pour les particuliers pour tout fait constitutif de corruption au sens large ou de trafic d'influence (en tant que victime ou de témoin).

Vous pouvez nous joindre à cet effet par téléphone au numéro 26 38 99 29, par email info@transparence.lu ou alors directement en nos bureaux situés au 11C, Bd. Joseph II,

Wort.lu

Donnerstag, 21. Februar 2013

Lëtzebuerg Veröffentlicht am 21.02.13 11:05

Gaston Vogel: "Prozess muss ausgesetzt werden"



Me Vogel: Diese Spur muss untersucht werden.
Foto: Gerry Huberty

(str) - Theatercoup wenige Tage vor dem Beginn des Bommeleeërprozesses: Nachdem ein neuer Zeuge in einem Medienbericht Armeeangehörige als Bommeleeër verdächtigt, fordert der Anwalt eines der Angeklagten die Aussetzung des Verfahrens

Bommeleeërprozess: Auftakt vor vollen Rängen

(hay) - Großer Andrang herrschte am Montagnachmittag beim Auftakt des lang erwarteten Bommeleeër-Prozesses. Ohne Übertreibung kann dieser als ein Verfahren der Superlative bezeichnet werden, welcher alle bis dato gekannten Dimensionen sprengt: Konkret geht es um rund 20 Attentate, die zwischen 1984 und 1986 verübt wurden. Mehr als 90 Personen sind als Zeugen geladen worden, drei Monate lang wird der Prozess vor Gericht verhandelt.

Bislang gab es in der Bommeleeër-Affäre immer mehr Fragen als Antworten. Ob es daher nun – knapp 30 Jahre nach dem ersten Anschlag - gelingen wird, den Fall lückenlos aufzuklären, wird sich zeigen.

Lëtzebuenger Vollek

Der Geheimdienstmann, der erst die Spionage-Uhr lieferte und später Juncker informierte



Der frühere Geheimdienstler André Kemmer, der zwischen 2003 und 2008 im »Service de Renseignements« im Bereich Terrorismusbekämpfung tätig war und anschließend als Kriminalpolizist dem Wirtschaftsministerium zugeteilt wurde, teilte dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß gestern mit, er habe dem ehemaligen Chef des Geheimdienstes Marco Mille die Uhr gegeben, mit welcher dieser ein Gespräch mit Premierminister Juncker am 31. Januar 2007 heimlich aufnahm. Er habe Mille auch die Handhabung der Spionage-Uhr erklärt, will aber nicht gewußt haben, dass der Geheimdienstchef die Absicht hatte, das Gespräch mit dem Premierminister aufzuzeichnen.

Nach der Zusammenkunft zwischen Mille und Juncker habe er die Uhr zurückbekommen und habe sie auf Anweisung des Chefs dem technischen Dienst des SREL überlassen, der das Gespräch auf eine Reihe Tonträger kopiert habe. Wieviele CDs von dem Gespräch gemacht wurden, will der frühere Geheimdienstmann nicht wissen. Jedenfalls habe er Monate später über den früheren Fahrer des Premierministers, der inzwischen dem SREL zugeteilt worden war, Kontakt mit Premierminister Juncker aufgenommen, ihn von der Abhöraktion in Kenntnis gesetzt und ihm seine CD übergeben.

Kemmer gab auch an, bei einem ersten Gespräch, das Mille und der damalige stellvertretende SREL-Direktor Fränk Schneider mit dem Premierminister führten (und das nicht heimlich aufgenommen wurde) dabei gewesen zu sein. Bei jener Zusammenkunft, die »nicht gut verlaufen« sei, soll auch eine verschlüsselte CD, welche die Führung des Geheimdienstes vollständig verunsichert habe, ein Thema gewesen sein.

Auf dieser CD soll angeblich ein heimlich aufgenommenes Gespräch zwischen Juncker und Großherzog Henri zu hören sein, welches stattgefunden haben soll, nachdem Juncker zuvor mit einem Zeugen geredet hatte, der behauptet hatte, er habe in der Nacht vor dem Sprengstoffanschlag vom 9. November 1985 auf das elektronische Steuer- und Landesystem des Flughafens, den Bruder von Großherzog Henri, Jean Nassau nahe dem Flugplatz gesehen. Der soll sich zu jenem Zeitpunkt jedoch bei einer Jagdgesellschaft in Frankreich aufgehalten haben. Die verschlüsselte CD mit dem angeblichen Gespräch zwischen dem Premierminister und dem Staatschef wurde dem SREL über einen Geschäftsmann, den Kemmer kannte, zugespielt, konnte bisher aber weder in Luxemburg, noch von ausländischen Geheimdiensten entschlüsselt werden.

Die Justiz ermittelt in dieser Angelegenheit, da der SREL einen nicht genehmigten Lauschangriff auf den Mann, der ihm die CD zugespielt hatte, durchgeführt hatte.

Bis heute ist nicht klar, ob es sich bei der CD um einen riesigen Manipulationsversuch handelt, oder ob mehr dahinter steckt.

Offensive Wirtschaftsspionage in Luxemburg

Interessant war die Aussage Kemmers gegen Ende der Zeugenaussage, dass sich viele Geheimdienste in Luxemburg herumtummeln, um mit der Rückendeckung ihrer Regierungen ganz offensiv Industrie- und Wirtschaftsspionage betreiben. Dabei handele es sich auch um europäische Geheimdienste, die auf dem Rücken Luxemburgs aktiv seien.

Dass es sich auch um sogenannte »befreundete« Geheimdienste aus unseren Nachbarländern handelt, die sich in Betrieben in Luxemburg herumtreiben und Strategiepapiere, Kundenkarteien und Produktionsdaten klauen, sagte er nicht.

A.R.



Ali Ruckert : Mittwoch 20. Februar 2013

Radio: SREL-Mitarbeiter wollten auf eigene Faust arbeiten



Die 10 Millionen Euro des Milliardärs Alexander Lebedew wurden in Luxemburg vermutet.
Foto: AP

(vb) – Die Affäre um einen Millionenbetrag des russischen Oligarchen Alexander Lebedew hat nach Informationen von Radio 100,7 vor fünf Jahren zu einem größeren Zwischenfall im Luxemburger Geheimdienst geführt. Anscheinend hätten Geheimdienstmitarbeiter versucht, auf eigene Rechnung zu arbeiten.

Im Kern geht es um eine hohe Geldsumme, die der Spanier Francico Paesa dem russischen Milliardär Lebedew entwendet hat. Die Zeitung "El Pais" spricht von zehn Millionen Euro. Laut 100,7 wurde angenommen, dass das Geld in Luxemburg sei.

Einzelne Mitarbeiter des SREL hätten auf eigene Faust versucht, das Geld zu beschaffen und es dem russischen Oligarchen zurückzugeben. Dies ging solange, bis SREL-Kollegen die Angelegenheit weiter gemeldet hatten und ein ausländischer Geheimdienst einen Warnschuss abgab.

Am Dienstag hatte der ehemalige Geheimdienst-Mitarbeiter André Kemmer vor der Enquête-Kommission die Lebedew-Affäre kurz angeschnitten. Gleich darauf sagte er: "Das gehört zu dem tiefschwarzen Bereich des Geheimdienstes."

Régional & International

Wort.lu

Donnerstag, 21. Februar 2013

International Veröffentlicht am 20.02.13 16:14

Chaos in Bulgarien auch nach Rücktritt der Regierung



Bulgariens Regierungschef Boiko Borissow gibt nach und macht den Weg für vorgezogene Neuwahlen frei.

Foto: Vassil Donev/Archiv

(dpa) - Schwere Krise im EU-Land Bulgarien: Unter dem Druck gewalttätiger Massenproteste tritt die Regierung geschlossen zurück. Doch die Aktionen wollen nicht abbrechen. Bulgarien droht in Anarchie zu versinken.

Nach neuen Ausschreitungen hatte Ministerpräsident Boiko Borissow (GERB) am Mittwoch mit seinem gesamten Kabinett den Rücktritt eingereicht. Trotzdem wollten die Demonstranten ihre Proteste im ganzen Land fortsetzen. „Ich werde nicht an einer Regierung teilnehmen, wenn die Polizei sich mit den Leuten schlagen muss“, sagte Borissow im Parlament.

Mehrere hundert Anhänger Borisrows bekundeten dagegen am Parlament ihre Unterstützung für seine Partei GERB (Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens). Borisrow hatte sein Amt im Juli 2009 mit den Versprechen übernommen, das ärmste EU-Land zu modernisieren, die Einkommen auf mitteleuropäisches Niveau anzuheben und die Korruption wirksamer zu bekämpfen. Doch wegen der drastischen Sparpolitik, die das Etatdefizit weit unter drei Prozent hielt, blieb auch der Lebensstandard vieler Bulgaren weit unter dem EU-Schnitt.

Ausschreitungen bei Protesten

Bei Protesten in der Hauptstadt Sofia war es am Dienstagabend erneut zu schweren Ausschreitungen gekommen. Mehrere Menschen wurden verletzt. Die Polizei nahm Demonstranten fest, die Rauchbomben, Knallkörper und leere Flaschen warfen.

Die Aktivisten, die seit Tagen Bulgariens Tagesordnung bestimmen, gehören zu keiner der etablierten Parteien. Die über das Internet in rund 30 Städten organisierten Menschen haben auch kein geschlossenes politisches Konzept. Ihre Proteste richten sich gegen ausländische Monopole ebenso wie gegen die traditionellen Politiker und deren Parteien. Soziologen warnten, dass Bulgarien in Anarchie versinken könnte, da der Druck der Straße unberechenbar sei.

„Wir setzen den Kampf fort“, erklärten Vertreter der Demonstranten nach Borisrows Rücktritt. Die Aktivisten fordern nun für sich eine Quote von 50 Prozent in allen staatlichen Kontrollbehörden wie zum Beispiel für die Energieversorgung. Politisch verlangen sie Wahlen für eine Große Volksversammlung, die die Verfassung ändern solle.

"Es gibt keine politische Alternative"

„Wenn sie die amerikanische Fahne verbrennen, werden sie keine niedrigeren Stromrechnungen bekommen“, kritisierte der Soziologe Dimitar Dimitrow die teils chaotischen Proteste. Im Unterschied zu der tiefen Krise von 1996-1997 gebe es nun keine politische Alternative, meint der Politologe Ognjan Mintschew. Die jetzige Lage mache das Land „praktisch unregierbar“.

Die regulären Parlamentswahlen wären im Juli. Nun werden vorgezogene Wahlen Ende April in Aussicht gestellt. Das Parlament soll am Donnerstag den Rücktritt von Borisrows Regierung billigen. Die oppositionellen Sozialisten verzichteten als zweitstärkste Fraktion bereits darauf, eine neue Regierung zu bilden. Parteichef Sergej Stanischew forderte Neuwahlen.

Letzten Endes muss Staatspräsident Rossen Plewneliew eine Interimsregierung berufen. Borisrow erklärte, dass sich seine Partei daran nicht beteiligen wolle.

Die ehemalige bulgarische EU-Kommissarin Meglena Kunewa sieht in der Krise in ihrem Land auch eine Chance. „Nun ist eine Teilnahme der Zivilgesellschaft an der Politik notwendig“, sagte Kunewa - die jetzt eine zentristische Partei leitet - in einem Radiointerview aus Brüssel. Dagegen versprachen die Sozialisten (Ex-KP) bei einem Parteitag am Samstag für den Fall eines Wahlsieges einen „radikalen linken Wandel“

Wrestling With Corruption at the Olympics

By Jonathan Mahler Feb 21, 2013 1:13 AM GMT+0100

It has been scarcely a week since the International Olympic Committee announced its intention to exclude wrestling from the 2020 Summer Games, and the campaign to “Save Wrestling” is in full swing.

Donald Rumsfeld and John Irving, both former wrestlers, took to the op-ed pages to celebrate the sport’s Olympic legacy (which dates to the first Olympic Games in 776 B.C.) and its current popularity. Raphael Martinetti, the ineffectual president of wrestling’s international federation, FILA, has been ousted. Millions of dollars have been raised -- Wall Street has a lot of former high school and college wrestlers -- to underwrite a push for readmission before the IOC makes its final decision in May.



About Jonathan Mahler»

Jonathan Mahler is a sports columnist for Bloomberg View. He is the author of the best-selling

“It’s not in a wrestler’s DNA to hop on a plane and kiss a lot of ass,” says Michael E. Novogratz, a hedge-fund manager in New York who wrestled at Princeton University. “But that’s exactly what we’re going to be doing over the next three months.”

Of course, wrestling’s advocates can be expected to do everything in their power to keep their sport in the Olympics. There’s a larger issue here, though: the body they’re appealing to. The IOC isn’t exactly an honest broker, let alone a global federation committed to “excellence, friendship and respect.” It’s a self-recruited club of tin-pot emperors presiding over the greatest monopoly in all of sports.

His Excellency

Historians may disagree about the origins of the Olympics, but there’s no dispute over the architect of the modern games: the late Juan Antonio Samaranch -- he preferred “Your Excellency,” in deference to his noble heritage -- who ran the IOC from 1980 to 2001.

It was Samaranch, a fascist youth organizer in General Francisco Franco’s Spain, who unlocked the true potential of the games, at least as far as the IOC’s balance sheet was concerned. Samaranch understood and embraced the commercial power of the Olympic brand. He initiated the mega-bidding wars that now routinely take place between aspiring host cities, while ensuring that the

“winners” (the jury is still very much out on whether these events ultimately help or harm local economies) absorbed any financial risk associated with putting on the games. For its part, the IOC filled its Swiss bank accounts with billions of untaxed dollars from sponsorship fees and TV rights.

It was also Samaranch who presided over the increasing corruption of the Olympics, essentially making them a free- enterprise zone for committee members willing to sell their votes to the highest bidder. After years of rumors and denials, the sordid nature of the Olympics’ decision-making process finally became public in the run-up to the 2002 Winter Games, which turned out to have been delivered to Salt Lake City via a series of bribes to IOC members.

The Salt Lake City scandals led to what the IOC likes to call “major reforms.” What sorts of changes have those reforms wrought? Last year, Mexican media mogul Mario Vazquez Rana resigned in protest from the IOC’s executive board, accusing one of his colleagues, the former Kuwaiti oil minister, of buying votes.

Infighting is every bit as endemic to global sports organizations as corruption. (Look no further than the banana- republic antics of Sepp Blatter and soccer’s international federation, FIFA, for a good example of both.) And a seat on the IOC board is a coveted prize among a certain set of international businessmen looking to expand their spheres of influence. In such an environment, resentments are inevitable.

Their Vanity

Given what we know about how the IOC does business, it would be beyond naive to think that it was a coincidence that Samaranch’s son, a member of the IOC’s board, is a vice president of the International Modern Pentathlon Union -- and that the pentathlon, the kitchen sink of Olympic sports, survived the recent cuts on its merits.

Or maybe -- and this is giving the IOC the benefit of the doubt -- supporters of the pentathlon made a more persuasive case for its relevance than did wrestling’s advocates. Which raises the question: How much do we want lobbyists influencing which sports are given Olympic status? (At least Congress is accountable to voters for its decisions. The IOC answers to no one.)

There are basic metrics that can be applied to a sport: Does it enjoy global popularity? Does it produce a diverse group of medal winners? Asking such questions would be far better than relying on the whims of a group of men (and a handful of women) whose reputation for openness and probity doesn’t exactly inspire confidence.

The IOC prefers to operate in a murkier realm. And without a competitor to its product -- remember when Ted Turner tried with the Goodwill Games? -- it can continue to do whatever it wants, in the process bending the world’s most prestigious sporting event to its dubious will.

So this is what wrestling’s advocates are up against -- the institutional corruption of the Olympics. You like wrestling? Well, we’re about to witness the match of the century: Donald Rumsfeld, John Irving and the titans of Wall Street versus the ghost of General Franco.

(Jonathan Mahler is a sports columnist for Bloomberg View. He is the author of the best-selling “Ladies and Gentlemen, the Bronx Is Burning” and “Death Comes to Happy Valley.” The opinions expressed are his own.)

To contact the writer of this article: Jonathan Mahler at jmahler11@bloomberg.net or [@jonathanmahler](https://twitter.com/jonathanmahler) on Twitter.

To contact the editor responsible for this article: Michael Newman at mnewman43@bloomberg.net.

Bloomberg Homepage

Hungary Police Probes Central Bank Over Data Handling

By Andras Gergely & Zoltan Simon - Feb 21, 2013 12:34 PM GMT+0100

Hungary's police are probing the country's central bank after auditors said the regulator illegally shared information with the International Monetary Fund and failed to meet data-storage rules.

An investigation was started on suspicion of the abuse of authority and "other crimes" by the Budapest police department's corruption and economic crimes division, the police press service said in an e-mail today. The Magyar Nemzeti Bank rejects the auditor's findings and is "puzzled" by the probe, it said in an e-mail today.

Prime Minister Viktor Orban, who will name a new central bank chief next week, has unsuccessfully pushed MNB President Andras Simor to quit before his six-year term expires on March 3. The Cabinet has criticized monetary policy for not doing enough to stimulate growth, while the central bank has said government measures helped push the economy into a recession.

The State Audit Office has notified the "relevant authorities" about its findings and "didn't press charges" against the central bank, the agency said in a statement today.

Orban's ruling Fidesz party wants to summon Simor to a parliamentary committee hearing to discuss the findings of the Audit Office, MTI state news service reported Feb. 13, citing Fidesz lawmaker Imre Puskas.

The Audit Office, which like the central bank is an independent state institution, is headed by Laszlo Domokos, a former Fidesz lawmaker nominated by Orban in 2010.

The forint weakened 0.5 percent to 292.66 per euro as of 12:05 p.m. in Budapest, falling for the first time in four days. It has declined 0.5 percent this year.

To contact the reporter on this story: Zoltan Simon in Budapest at zsimon@bloomberg.net

Bloomberg Homepage

Match-Fixing Suspect Has Been Arrested in Milan, Interpol Says

By Yee Kai Pin - Feb 21, 2013 1:42

Interpol says today it arrested international soccer match-fixing suspect wanted by Italian authorities. *Admir Suljic, who is “accused of fraud and qualified sporting fraud committed within criminal association,” was taken into custody shortly after his flight from Singapore touched down at Malpensa airport, according to Interpol statement *Arrest followed close cooperation between Italian and Singaporean Police with Interpol: statement *NOTE: Team of 4 senior officers from Singapore Police Force and Corrupt Practices Investigation Bureau will be heading to Interpol HQ in Lyon, France, according to statement by Singapore Police Force earlier. *NOTE: Team will join Interpol Global Anti-Match-Fixing Taskforce to assist in match-fixing investigations; Singapore team to engage member countries affected by match-fixing: statement said.

To contact the reporter on this story: Yee Kai Pin in Singapore at kyee13@bloomberg.net

Bloomberg Homepage

Bulgaria Heads to Early Poll as Premier Borissov Departs

By Elizabeth Konstantinova - Feb 21, 2013 2:08

Bulgarian lawmakers approved the resignation of Prime Minister Boyko Borissov, moving the nation toward early elections after protests sparked street violence in the European Union's poorest member.

The motion passed by a vote of 209 to five, with one abstention. The Cabinet and the Sofia-based Parliament will be dissolved and President Rosen Plevneliev will call a new vote. Elections may be held by mid-April at the earliest, Otilia Simkova, an analyst at Europe Eurasia Group in London, said in an e-mail yesterday. They were scheduled for July 17.



[Enlarge image](#)

Bulgaria's Prime Minister Boyko Borissov

Jean-Christophe Verhaegen/AFP/Getty Images

Boyko Borissov, prime minister of Bulgaria.

Boyko Borissov, prime minister of Bulgaria. Photographer: Jean-Christophe Verhaegen/AFP/Getty Images

"Thank you to those of you who supported us," Deputy Prime Minister Tsvetan Tsvetanov told the assembly today. "We'll meet again after the next elections."

Borissov, an ex-bodyguard of Bulgarian leaders including the former communist dictator Todor Zhivkov, fell victim to anti-austerity movements that have shaken governments across Europe from Spain to Greece. His focus since taking office in 2009 on budget cuts, which kept Bulgaria out of bailouts and turbulent international bond markets, boosted unemployment to the highest in eight years, cut incomes and angered voters.

[Move Quickly](#)

“Bulgaria must move quickly to form a caretaker government and schedule early elections, which will probably be at the end of April or beginning of May,” Daniel Smilov, a political scientist at the Center for Liberal Strategies in Sofia, said by phone today. “The financial situation is stable for the time being. My concern is whether there’ll be a clear majority in the next parliament.”

The benchmark Sofix (SOFIX) stock index gained 0.3 percent to 383.77 at 2:50 p.m. in Sofia, rebounding after it plunged 2.7 percent yesterday, its biggest drop since Oct. 30. The yield on Eurobonds maturing in July 2017 fell three basis points, or 0.03 percentage points, to 2.1717 percent by 2:54 p.m. in Sofia. The yield rose 10 basis points yesterday to a 2013 high.

Borissov’s resignation is “mildly negative for bonds, given that there is low tolerance for the prevailing fiscal rectitude,” Barbara Nestor, an emerging-markets strategist at Commerzbank AG in London, said by e-mail yesterday. “Panic selling would not be rational as Bulgaria’s debt profile and fiscal fundamentals are quite strong compared to peers.”

Higher electricity and heating bills caused by cold weather combined with low wages and rising joblessness triggered nationwide demonstrations against energy utilities on Feb. 9, escalating into anti-government protests on Feb. 17.

Protests Continue

Dozens were injured and 25 people were detained as protesters threw stones, paint and fire crackers against the police, smashed windows and damaged cars on Feb. 19, Chief Commissioner Valeri Yordanov said. Demonstrators a day earlier pelted the Parliament building with stones. Marches against the energy utilities continued yesterday throughout the country.

About 1,000 supporters of Borissov rallied outside Parliament today, as lawmakers exchanged accusations of instigating violence in the protests, more of which are planned for today.

“Everyone who violates public order is no supporter of mine, but a common hooligan,” Borissov told the rally after Parliament accepted his resignation. “Please go home now and express your support for us in the coming elections.”

Bulgaria’s austerity measures contributed to higher unemployment and the bankruptcies of small businesses, according to Parvan Simeonov, a political scientist at Gallup BBSS in Sofia. Gross domestic product expanded 0.5 percent from a year earlier in the three months through December, the consecutive 10th quarter of growth. Unemployment rose to 11.9 percent in January, the highest since April 2005.

Finance Minister

Government debt was 18.7 percent at the end of the third quarter, the EU’s second lowest behind Estonia, compared with the 27-nation bloc’s average of 85.1 percent, according to Eurostat. The government wants to keep this year’s budget deficit at 1.3 percent of GDP, the same level as last year.

Borissov fired Finance Minister Simeon Djankov, who had won EU and International Monetary Fund plaudits for tight spending controls, and pledged to revoke the license of power distributor CEZ AS (CEZ) following violent street protests.

“I did everything in my power to meet the people’s demands,” Borissov, 53, told lawmakers yesterday. “I won’t be part of a government in which the police is fighting with the people. I won’t have blood on the streets. I’m returning the power to the people, who originally gave it to us.”

Default Risk

The cost of insuring the country’s debt with credit-default swaps increased two basis points to 122 today, the highest intraday level since Nov. 6, according to data compiled by Bloomberg.

The swaps, which rise as perceptions of creditworthiness worsen, pay the buyer face value in exchange for the underlying securities or the cash equivalent should an issuer fail to adhere to its debt agreements.

Borissov’s Gerb party, which has 117 lawmakers in the 240-seat assembly, won’t participate in an interim Cabinet, he said.

“We will fulfill our functions until a new government is in place and will do everything to ensure succession in the governing of the country,” Borissov said in his resignation letter to Parliament.

The opposition Socialists control 40 seats and the ethnic Turks’ Movement for Rights and Freedoms, a former coalition partner of the Socialists, has 35 seats. Borissov has previously relied on the support of some of the 24 independent lawmakers.

King’s Bodyguard

Borissov was a communist-era special forces soldier and ran a security company after the collapse of communism in 1990. He guarded Zhivkov after his 1989 ouster as well as the former king and ex-Prime Minister Simeon Saxe-Coburg-Gotha before being appointed as police chief by Simeon II’s coalition in 2001. He was the mayor of Sofia from 2005 to 2009.

Gerb is tied with the Socialists at 22 percent each, according to a Jan. 31-Feb. 7 survey of 1,004 people by the polling company Gallup BBSS.

The ruling party had 24.5 percent support last month, compared with 19.5 percent for the largest opposition group, a Jan. 16-20 poll of 1,000 people by the National Center for Public Opinion Research showed. Both surveys had an error margin of 2.5 percentage points.

CEZ License

Borissov on Feb. 19 said he wants to revoke the power distribution license of CEZ, the biggest Czech utility, after a financial inspection found “evasion” of public procurement laws. The Czech government, the majority shareholder in CEZ, pledged to take every legal step to secure its fair treatment. CEZ dropped 2.9 percent to 588 koruna at 1:56 p.m., its lowest in almost four months.

Borissov’s government improved the use of EU aid, part of which was withheld under the previous government on allegations of corruption, and sped up construction of highways and modernization of railroads, Smilov said. The Cabinet delayed efforts to modernize the inefficient pension and health-care systems and cumbersome state energy utilities, which account for high utility bills, he said.

“Whoever comes to power won’t be able to resolve these problems with a magic wand,” Tsvetanov said. “There are problems that were compounded by years of inaction.”

To contact the reporter on this story: Elizabeth Konstantinova in Sofia at ekonstantino@bloomberg.net



21 février 2013 15:21; Act: 21.02.2013

Des détenus se filment armés dans une prison

Les gendarmes enquêtent à Lannemezan (Hautes-Pyrénées) pour savoir comment des détenus ont pu, dans une des prisons les plus sécurisées de France, se filmer armés et menaçants.

La vidéo, toujours visible jeudi (voir ci-dessus), montre trois prisonniers exhibant trois impressionnants couteaux et poinçons, a priori de fabrication artisanale, et proférant des invectives et des menaces, peut-être contre un détenu d'une autre prison. Les trois hommes sont identifiés comme des prisonniers du «quartier maison centrale» de Lannemezan, l'un des plus sécurisés de France, puisqu'il n'accueille que des longues peines, a indiqué un syndicaliste. Ces faits suscitent une vive inquiétude chez les personnels pénitentiaires, même si ces derniers ne sont pas pris à partie dans la vidéo, a indiqué Laurens Maffre, responsable régional de l'UFAP-UNSa Justice, premier syndicat dans la profession. Ils sont aussi révélateurs d'une réalité de plus en plus courante: l'introduction devenue banale, bien qu'interdite dans les prisons, de téléphones mobiles ou de matériel d'accès à Internet, comme des clés 3G, dit-il.

Il cite en exemple la récente diffusion sur la Toile d'une vidéo de détenu déambulant sans entrave dans les couloirs d'une prison de l'est, ou les images filmées à leur insu avec un smartphone et mises sur Facebook de trois surveillants du centre de détention de Val-de-Reuil (Eure). Il parle des jets nombreux de portables par dessus l'enceinte de la maison d'arrêt de Seysses (Haute-Garonne). L'affaire de Lannemezan n'est «pas une première, ça devient presque quotidien, les vidéos de détenus sur YouTube», dit M. Maffre. La gravité des faits survenus à Lannemezan est établie soulignent M. Maffre et le procureur de Tarbes, Chantal Firmigier-Michel: l'intrusion dans la prison de matériels interdits avec lesquels «on peut tout faire» selon la magistrate et qui serait impossible sans complicité extérieure, la détention d'armes, et les menaces.

«Des mecs qui n'ont plus rien à perdre»

Elle est accrue, concèdent-ils, par le profil des quelque 140 prisonniers de Lannemezan. Les trois détenus qui s'y sont filmés s'enorgueillissent d'être dans l'une des prisons les plus sécurisées du pays, ils miment l'égorgement du destinataire de leur message et déclarent avoir à leur service des «soldats de l'ombre» capables de frapper dans toutes les prisons de France. Ce sont «des mecs qui n'ont plus rien à perdre», dit une source pénitentiaire, «l'un est libérable en 2063; sur les trois, il y en a un ou deux qui ne sortiront jamais de prison». Lannemezan a vu en 2009 deux détenus régler un vieux conflit avec un troisième en le massacrant avec des armes artisanales, crime récemment sanctionné aux assises par la réclusion à perpétuité et par 30 ans de prison. Le responsable de

l'UFAP-UNSa s'émeut du message «d'impunité totale» délivré aux prisonniers et s'en prend aux «politiques» qui ont, selon lui, rendu la fouille à corps exceptionnelle. Il relève encore que la vidéo n'a pas été retirée d'Internet.

Le procureur assure, pour sa part, de la «volonté sans cesse réaffirmée par le directeur de cet établissement (...) d'être extrêmement vigilant sur tout ce qui concerne la sécurité». Alertée il y a environ une semaine par la direction de l'établissement, elle a ordonné une enquête confiée aux gendarmes. Aussitôt les faits révélés, des fouilles ciblées ont été menées dans les cellules et les trois détenus ont été mis à l'isolement, a dit une source pénitentiaire. L'administration pénitentiaire elle-même n'a pas confirmé ces sanctions et s'est abstenue de tout commentaire.

Iranischer Ex-Minister: Zoll gibt Millionen-Scheck zurück

Von *Jörg Diehl, Düsseldorf*



REUTERS

Tahmaseb Masaheri: 52 Millionen Euro im Gepäck des Ex-Ministers

Was machte ein Scheck über 52 Millionen Euro im Gepäck eines iranischen Ex-Ministers? Das Zollkriminalamt ermittelte - doch am Ende fanden die Beamten nichts Belastendes. Nun mussten sie das Wertpapier zurückgeben.

Es war ein Scheck der Bank von Venezuela über 300 Millionen Bolivar, der die Zöllner elektrisierte. Denn das Zahlungsmittel, umgerechnet 52 Millionen Euro wert, steckte in der Seitentasche einer Reisetasche, mit der der iranische Ex-Minister Tahmaseb Masaheri Khorsani, 59, am Flughafen Düsseldorf in eine Zufallskontrolle geraten war. Angeblich hatte der Unternehmer einen wichtigen Arzttermin in Nordrhein-Westfalen, [zwei Tage später wollte er nach Caracas weiterfliegen](#).

Einen Monat hatten die Zollfahnder Zeit, um zu überprüfen, was hinter der ungewöhnlichen Transaktion stecken könnte. Doch am Ende liefen ihre Bemühungen ins Leere. Am Freitagmorgen mussten sie nach SPIEGEL-ONLINE-Informationen den zwischenzeitlich beschlagnahmten Scheck zurückerstatten und ihre Nachforschungen einstellen. Es seien "keine Verstöße gegen einschlägige Rechtsgrundlagen festgestellt" worden, erklärte ein Sprecher des Zollkriminalamts auf Anfrage. "Ein Anfangsverdacht wegen strafrechtlich relevanter Handlungen liegt nicht vor." Offenbar konnten auch die eingeschalteten Nachrichtendienste den Ermittlern keine Belege für kriminelle Hintergründe des seltsamen Deals liefern.

Wie aus einem internen Schreiben der Zollverwaltung hervorgeht, hatte der Rechtsanwalt des Iraners den Transport des Wertpapiers mit internationalen Geschäften seines Mandanten begründet. Dieser sei mittlerweile "Privatmann und weltweit mit der Abwicklung und Finanzierung von Großprojekten befasst". Der Scheck stehe demnach "im Zusammenhang mit einem Wohnungsbauprojekt der Regierung Venezuelas", es gehe um 10.000 Wohnungen.

Tatsächlich betreibt Masaheri eine an der Düsseldorfer Königsallee residierende GmbH, die sich nach eigenen Angaben "mit Finanzberatung im Bereich der Rohstoff- und Maschinenindustrie" befasst. Eine aktuelle Anfrage ließ Masaheris Rechtsanwalt bislang unbeantwortet.

Nicht notwendig

Der iranische Botschafter in Caracas, Hojattollah Soltani, sagte im venezolanischen Fernsehen, der Scheck sei für die in Teheran ansässige Baufirma Kayson bestimmt gewesen, die mit der Errichtung der Wohnblöcke beauftragt sei. Das Papier sei von einem der Direktoren in Iran unterschrieben worden und auf einen der örtlichen Bauleiter ausgestellt gewesen. Der Ex-Minister Masaheri sei beauftragt gewesen, das Zahlungsmittel zu überbringen. Er habe es beim deutschen Zoll nicht deklariert, weil das "nicht notwendig" gewesen sei, der Scheck habe in Venezuela eingelöst werden sollen. Nach Angaben des Diplomaten hält sich Masaheri inzwischen in seiner Heimat auf.

Venezuela und Iran gelten als enge Verbündete. Beide Länder verstehen sich als Bastionen gegen den vermeintlichen "amerikanischen Imperialismus". Ausdrücklich unterstützt Caracas das iranische Atomprogramm. Dabei schreckt der südamerikanische Staat wohl auch nicht davor zurück, Teheran bei der Umgehung der internationalen Sanktionen zu helfen, die gegen Iran bestehen.

Weiterhin anhängig ist ein Verfahren gegen Masaheri wegen eines möglichen Verstoßes gegen das Zollverwaltungsgesetzes: Um Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung einzudämmen, müssen bei der Einreise in die EU nämlich Bargeld und Wertpapiere über 10.000 Euro angegeben werden. Allerdings ist es unter Juristen nicht unstrittig, ob ein nicht frei indossierbarer Scheck tatsächlich als zu deklarierendes Vermögen gilt.

BANKEN-RETTUNG UNTER STEINBRÜCK:

Kanzlei kassierte 7,3 Mio. Euro



SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück

Foto: Imago

- Von NIKOLAUS HARBUSCH

Die Anwalts-Kanzlei "Freshfields" hat viel mehr Geld aus dem Geschäftsbereich des Finanzministerium unter dem Ex-Bundesminister und heutigen SPD-Kanzler-Kandidaten Peer Steinbrück erhalten, als bislang bekannt war

Auf BILD.de-Anfrage teilte die Finanzmarkt-Stabilisierungsanstalt (FMSA) jetzt mit, dass zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 rund 5,5 Millionen Euro Beratungs-Honorare an die Anwalts-Kanzlei "Freshfields" gezahlt wurden. Die FMSA gehört zum Geschäftsbereich des Finanzministeriums.

FDP-Finanz-Experte Volker Wissing (42):

"Angesichts solcher Summen wird es immer unglaubwürdiger, dass Herr Steinbrück mit den Beratungshonoraren nicht befasst war, wie er im Dezember erklären ließ."

Die Linken-Fraktion verlangt einen Untersuchungsausschuss des Bundestages.

Das sagt die FMSA

"Von einzelnen SoFFin-Maßnahmen-Empfängern wurden rund 4,5 Millionen Euro für durch die FMSA mandatierte Beratungsdienstleistungen an Freshfields gezahlt. Der von der FMSA gezahlte Teil in Höhe von rund einer Million Euro wurde aus Mitteln beglichen, die die FMSA durch Kostenpauschalen von allen SoFFin-Maßnahmen-Empfängern erhoben hat", so FMSA-Sprecherin Kirsten Bradtmöller gegenüber BILD.de.

BILD hatte Ende Dezember enthüllt, dass das Finanzministerium 1,8 Mio. Euro Honorar an "Freshfields" zahlte.

Die Kanzlei hatte unter anderem an dem Gesetz zur Banken-Rettung mitgewirkt.

Steinbrück kassierte im September 2011 für einen Vortrag beim "3. Krankenhausgespräch" von "Freshfields" 15 000 Euro Gage. Dies hatte für empörte Reaktionen gesorgt.

Korruption in Italien: "Eine Regierung von Lumpen"

Von Hans-Jürgen Schlamp, Rom

Sie unterschlagen, sie bestechen, sie betrügen: Italiens Unternehmer und Politiker nehmen das Land aus, beinahe täglich werden neue Skandale publik. Die passende Ethik haben sie sich bei Silvio Berlusconi abgeguckt - der mit einer Amnestie für Steuersünder Wahlkampf macht.



DPA

Mit 100-Lire-Münzen bewarfen Römer ihren ehemaligen Regierungschef [Bettino Craxi](#) und skandierten "Dieb" und "Betrüger". Das war 1993. "Tangentopoli" - so hieß der Korruptionsskandal, der damals Italiens politische Kaste verschlang. "Tangenti", das sind Schmiergelder und davon hatten nicht nur der Sozialist Craxi, sondern viele Polit-Größen aus nahezu allen Parteien viele Millionen kassiert.

Jetzt bewarfen erneut zornige Italiener einen prominenten Vertreter des Systems mit Münzen, mit Zwei-Cent-Stücken dieses Mal. Ihr Ziel war der ehemalige Chef der Bank Monte dei Paschi di Siena. Er soll Milliarden vergeigt, Millionen abgezweigt und so die älteste Bank der Welt an den Rand der Pleite gebracht haben. Und auch heute ist das kein Einzelfall.

Im Gegenteil. Zwanzig Jahre nachdem mutige Staatsanwälte und Richter damals unter dem Kampfnamen "Mani pulite" - übersetzt: "saubere Hände" - mit 5000 Ermittlungen und über 2000 Prozessen das Land säuberten, sind "Tangenti" wieder die Norm: Unternehmer und Politiker greifen das Land ab. Beinahe täglich wird ein neuer Skandal publik. So sollen etwa

- die **Bankiers der Monte dei Paschi di Siena** mindestens zwei Milliarden Euro in dunkle Kanäle gelenkt und sich daraus bedient haben, vermutet die Justiz;

- die **Manager von Finmeccanica**, Italiens großem Flugzeug- und Waffenhersteller, ausländischen Kunden üppige Bestechungsgelder zugeschoben haben, von denen freilich ein Teil an die Spender zurückfließen musste;
- **Politiker von der Lega Nord** sich iPads und Notebooks, Blumensträuße, Mojitos und Coca Cola - kurz: alles, was man so braucht im Leben - zu Lasten der mit Steuergeldern gefüllten Parteikasse gegönnt haben;
- ihre römischen **Kollegen von der Berlusconi-Partei PdL** es ganz ähnlich gehalten haben, nur - ganz logisch, bei dem Parteichef - kamen auch noch ausgelassene Feste dazu;
- viele andere Politiker - der lombardische Regionalpräsident **Roberto Formigoni** zum Beispiel steht unter dem Verdacht - regelmäßig üppige Geschenke von guten "Freunden" aus der Wirtschaft bekommen haben, von teuren Weinen, üppigen Essen und Reisen bis hin zu Autos und Häusern. Die Spender durften dafür lukrative Geschäfte mit Staatsbetrieben machen.

Die Ethik Silvio Berlusconis

Und einer liefert seit zwei Jahrzehnten die passende Ethik dazu. [Silvio Berlusconi](#), der seine Karriere als Günstling Craxis begonnen hat, hämmert seinen Landsleuten seitdem ein: Korruption, Bestechung, Schwarzarbeit, Steuerbetrug - alles okay. Nicht okay ist die Justiz, die dagegen vorgeht. Das sind "rote Roben" und "kommunistische Staatsanwälte". Und da er immer mal wieder das Land regierte, hat er Italien mit seinem "Bereichert euch wie ihr könnt"-Credo wieder dorthin gebracht, wo es vor 20 Jahren war: in einen tiefen Sumpf aus Korruption, Amtsmissbrauch, Steuerbetrug. Als Staatspräsident [Giorgio Napolitano](#) kürzlich, beim Staatsbesuch in Washington, von seinem US-Kollegen Barack Obama nach der Lage daheim gefragt wurde, gestand der ungeschminkt, er sei tief besorgt, wegen des "neuen Tangentopoli".

Damit steht er nicht allein. Sein Parteigenosse, PD-Chef Pier Luigi Bersani, klagt, Berlusconi "hinterlässt eine moralische Katastrophe". Selbst der meist zurückhaltende [Mario Monti](#) formuliert inzwischen drastisch: Er habe das Land "von einer Regierung von Lumpen" geerbt. Klar, es ist Wahlkampf. Und Napolitano, Bersani, Monti haben Angst, der hemmungslose Populist Berlusconi könnte es noch einmal schaffen. Das wollen sie verhindern, darum die deutlichen Worte.

Aber auch die Fakten sind ja deutlich genug. Jeder fünfte Italiener etwa - meist die Besserverdienenden - beschummelt den Staat. Bei Stichproben stießen die Finanzbehörden zum Beispiel Anfang des Jahres auf 7500 Steuer-Totalverweigerer, die keinen Cent abführten. Alle waren Millionäre, mit durchschnittlich 2,8 Millionen Euro Jahreseinkommen.

Unter Berlusconis Regentschaft waren solche Herrschaften sicher. Regelmäßig bescherte der den Steuersündern eine Amnestie. Ebenso den Bauherren, die ohne Genehmigung ihre Betonburgen in die Landschaft setzten. Und vielen anderen Kriminellen. Und dass es genauso weitergehen soll, hat Berlusconi ja schon versprochen. Wenn er gewählt wird.

Die Verhältnisse seien heute viel schlimmer als vor 20 Jahren, konstatiert Antonio Di Pietro, damals einer der führenden "Mani pulite"-Staatsanwälte, denn "es gibt keine

Bloomberg Homepage

Grillo's Anti-Austerity Wave Crashes Into Italian Parliament

By Andrew Frye - Feb 26, 2013 2:04 AM GMT+0100

Beppe Grillo, the comic banned from Italian television two decades ago for ridiculing a corrupt cadre of ruling lawmakers, had his political satire rewarded yesterday with about 180 seats in Parliament.

Grillo's parliamentary list filled with political neophytes amassed enough votes in yesterday's election to deny a majority to front-runner Pier Luigi Bersani and a comeback to three-time Premier Silvio Berlusconi. As his competitors seek to cobble together a make-shift alliance, the 64-year-old Grillo is keeping his distance and preparing for a new vote.

Beppe Grillo, comedian-turned-politician and leader of the Five Star Movement, pauses while speaking during an election campaign rally in Trento, Italy on Feb. 10, 2013. Photographer Alessia Pierdomenico/Bloomberg

Beppe Grillo, comedian-turned-politician and leader of the Five Star Movement, pauses while speaking during an election campaign rally in Trento, Italy on Feb. 10, 2013. Photographer Alessia Pierdomenico/Bloomberg

Feb. 12 (Bloomberg) -- Beppe Grillo, the Italian comic poised to play a spoiler in this month's national elections, says the country's debt must be renegotiated. David Tweed reports with Mark Barton on Bloomberg Television's "Countdown." (Source: Bloomberg)



Feb. 22 (Bloomberg) -- Giuseppe Ragusa, assistant professor of economics at the LUISS Guido Carli University, discusses support for former comedian Beppe Grillo in the upcoming Italian elections. He speaks in Rome with David Tweed on Bloomberg Television's "On the Move." (Source: Bloomberg)

Supporters listen as Beppe Grillo, comedian-turned-politician and leader of the Five Star Movement speaks during an election campaign rally in Trento, Italy on Feb. 10, 2013. Photographer Alessia Pierdomenico/Bloomberg

Supporters listen as Beppe Grillo, comedian-turned-politician and leader of the Five Star Movement speaks during an election campaign rally in Trento, Italy on Feb. 10, 2013. Photographer Alessia Pierdomenico/Bloomberg

Beppe Grillo, comedian-turned-politician and leader of the Five Star Movement, gestures during an election campaign rally in Bolzano, Italy on Feb. 10, 2013. Photographer Alessia Pierdomenico/Bloomberg

Beppe Grillo, comedian-turned-politician and leader of the Five Star Movement, gestures during an election campaign rally in Bolzano, Italy on Feb. 10, 2013. Photographer Alessia Pierdomenico/Bloomberg

“They can’t hold us back any longer,” Grillo said late yesterday in a video posted to his website. “They might go on another seven or eight months and produce a disaster, but we will be watching and working to keep it under control.”

With the economy shrinking for a second year, voters heeded his call to reject established parties. In so doing, they placed Grillo, who says he identifies with deceased comedy icon Lenny Bruce, at the center of the debate over the future of the euro area. The ballot that swept Grillo’s forces into parliament rejected the German-inspired austerity put into practice by outgoing Prime Minister Mario Monti.

“He is articulating some very, very intuitively appealing feelings and thoughts,” said Georg Grodzki, head of credit research at Legal & General Investment Management in [London](#), which has about \$290 billion of bond funds. “If there is something positive

about Grillo from a market perspective then it is that he is forcing a serious debate about key issues the other parties don't dare to address.”

Manslaughter Conviction

Grillo himself won't be joining his deputies in parliament. He says his criminal record, stemming from a manslaughter conviction in the 1980s, renders him unfit to serve. Grillo was convicted for his role in a single-car accident that killed two friends and their son. His work as an activist, which bridged his comedy career and political debut, focused on uncovering corruption and denouncing criminal behavior in government and at corporations like [Parmalat SpA. \(PLT\)](#)

Grillo embraced activism after his TV ban, which he says was handed down because he called then-Prime Minister Bettino Craxi a crook on state-broadcaster RAI. That joke prompted a hotel doorman to liken him to Bruce, who died of a drug overdose in 1966, and congratulate him for publicly rebuking people in power, Grillo recalled in an interview this month.

“I hope I don't meet my end the same way,” Grillo said. “But maybe a little by nature, I do have this desire to stun and provoke.”

Blaming Monti

Grillo carved out a constituency among recession-scarred voters by blaming the Monti administration, which governed with the backing on Berlusconi and Bersani, for imposing tax increases on an economy in decline. His supporters turned out in the thousands for his 73-stop campaign tour of [Italy](#) and cheered as he denounced corruption in politics and banker pay, demanded tax cuts for small businesses and called for a referendum on euro membership.

Adele Costantini, a 50-year-old doctor in Rome, embraced Grillo as a vote for change and applauded the comic's resolve not to compromise with establishment politicians like Bersani, Berlusconi and Monti's biggest ally, Pier Ferdinando Casini.

“I want a hung Parliament,” said Costantini at a polling station yesterday. “I want to vote again in a few months with all new candidates. If Grillo wins, the old parties lose. Bersani, Berlusconi, Casini all lose, and hopefully we'll never see them again.”

Reaching Out

In the weeks leading up to the vote, his rivals began reaching out to his supporters. Bersani, an ex-communist and head of the union-backed Democratic Party, or PD, said in his campaign-closing appearance Feb. 22 that he understood and loved people who turned out for Grillo rallies.

After the vote, Bersani's chief ally Nichi Vendola said he would seek to find agreements with Grillo's parliamentarians on issues such as conflict-of-interest laws and corruption. The 5 Star lawmakers, chosen on what Grillo called an online primary, may not be receptive to cooperation if they have been listening to their leader's rhetoric.

"The PD and Berlusconi have been deaf for 20 years," Grillo said at a rally two weeks ago, reprising one of his stump lines for a crowd of about 4,000 people in freezing temperatures in Trento, near the border with [Austria](#). "That's enough, we have to send them home. We have to take the country back."

To contact the reporter on this story: Andrew Frye in [Rome](#) at afrye@bloomberg.net

To contact the editor responsible for this story: James Hertling at jhertling@bloomberg.net

Bloomberg Homepage

Obama Memo on 'Sensitive' Jobs Stirs Whistle-Blower Fears

By Margaret Talev - Feb 27, 2013 6:01 AM GMT+0100

President [Barack Obama](#) is seeking new rules to allow federal agencies to fire employees without appeal if their work has some tie to national security, a move that advocates for whistle-blowers say may hurt efforts to keep government transparent and free from corruption.

Potentially thousands of positions would be covered and government watchdog groups say it may provide a new way to crack down on leaks by government workers.

In a little-noticed one-page memorandum on Jan. 25, Obama instructed the Director of National Intelligence and the Office of Personnel Management to propose standards for designating a position "national security sensitive."

The president's [memo](#) came out the day after a federal appeals court panel issued a 2-1 ruling that set aside an August court decision giving the government broad authority to remove employees from "sensitive" jobs without appeal. The full court will rehear the case, *Berry v. Conyers*, this year, and its decision may constrain the federal government's power.

"There is so much secrecy, and employees have so few rights already in the national security bureaucracy," said Tom Devine, legal director of the Government Accountability Project, a Washington-based whistle-blower advocacy group.

Attorney General Eric Holder has prosecuted more alleged leaks by government officials under the Espionage Act than all his predecessors combined. Six individuals have been indicted under the Espionage Act since Obama took office in 2009 -- five by the [Justice Department](#) and one by the [Department of Defense](#).

'Spoils System'

“Most of our whistle-blowers are national security professionals,” Devine said. “If they get rid of the civil service system for those jobs, we’re not just going to be vulnerable to a national security spoils system -- we’ll have it.”

Devine said whistle-blowers’ actions can save lives. He cited a case involving Franz Gayl, a Marine Corps science and technology adviser. Gayl raised questions in 2007 over the postponed delivery of mine-resistant armored vehicles for U.S. troops in Iraq and [Afghanistan](#) and later lost his security clearance.

While Gayl’s clearance has been restored, his access to offices where classified files are kept has not. Under the rulemaking being considered, Devine said, it’s possible that Gayl “will lose all the legal rights that have enabled him so far to survive a marathon campaign to purge him for embarrassing the Marines’ bureaucracy.”

Gayl said the administration is being pulled in opposite directions by those pushing for greater openness in government operations and advocates for greater secrecy in the name of national security.

Competing Camps

“I feel the president has come in with the best of intentions,” Gayl said in a telephone interview. There are “two very different camps exerting pressure on Obama from within.”

If a government employee “can’t appeal to a more dispassionate, thoughtful appeal authority, there’s a risk you will be drummed out of town,” he said.

Senator [Charles Grassley](#) of [Iowa](#), the top Republican on the judiciary committee, said in a statement to [Bloomberg News](#) that he’s concerned about the administration’s aims because Obama has sent mixed signals about how he views whistle-blowers.

“If done properly, it could help ensure that a grossly disproportionate ruling from the federal circuit is reined in,” Grassley said of the rulemaking process. At the same time, Grassley said, Obama “in many instances has sought to silence whistle-blowers.”

‘Terrible Decision’

Pushing for rulemaking before the court re-hears the case “could be an attempt to signal to the full federal circuit not to overturn a terrible decision,” Grassley said. That would

be “a disservice to whistle-blowers and the American taxpayers that benefit from the fraud and waste they uncover.”

The White House and the [Office of Personnel Management](#) refused to make officials available for interviews on the rulemaking process.

One administration official, who was authorized to speak only on the condition of anonymity, said the timing of the Jan. 25 presidential memorandum one day after the court’s announcement was coincidental.

The main purpose of the memo was to make it clear to officials from the intelligence and personnel agencies that they are to work together on the rulemaking, he said.

The official declined to discuss the pending litigation or White House deliberations over the rulemaking.

Administration Leaks

The Obama administration has come under fire from lawmakers from both parties for leaking national security information that puts the White House in a favorable light and for pursuing prosecution of those who disclose classified information.

The controversy reflects the tension between two of the president’s avowed priorities: protecting classified information and defending democratic principles such as government transparency and whistle-blowers’ rights.

Republicans have complained that as Obama was seeking re-election, the administration was behind politically-targeted leaks. Those include media reports with details of the raid that killed [Osama bin Laden](#) and a foiled bomb plot tied to al-Qaeda in the Arabian Peninsula, as well as articles saying that Obama personally approved drone targets and ordered the “Stuxnet” cyber attack on [Iran’s nuclear program](#).

Brennan Hearing

During this month’s confirmation hearing for White House counter-terrorism chief [John Brennan](#), Obama’s choice to head the Central Intelligence Agency, Senator James Risch, an Idaho Republican on the intelligence committee, referred to an investigation of how media outlets last May learned details of how a double agent stopped an al-Qaeda plot

said to involve bomb-maker Ibrahim al-Asiri. Brennan said he was cooperating with the Justice Department probe.

“It seems to me that the leak that the Justice Department is looking for is right here in front of us,” Risch told Brennan.

“I disagree with you vehemently, senator,” Brennan said. “I want to make sure whoever leaked this information that got in the press and that seriously did disrupt some very sensitive operational equities on the part of some of our international partners -- that never should have happened.”

Brennan said such disclosures “damage our national security, sometimes gravely, putting these CIA employees at risk and making their missions much more difficult.”

Last month, Obama named [Lisa Monaco](#), who led the Justice Department’s National Security Division and advocated aggressive leak prosecutions, to replace Brennan on the National Security Council once he begins at the CIA.

‘Sensitive’ Positions

In a Jan. 24 ruling, the [U.S. Court of Appeals](#) for the Federal Circuit vacated the panel decision from last August, which critics said gave the federal government excessively broad authority to remove thousands of employees from positions without cause or the ability to appeal through the Merit Systems Protection Board.

The jobs covered need not require security clearances. The federal government may designate them to be national security “sensitive” positions that one day might require a security clearance -- a broader designation that can be applied to more positions.

An agency might “just willy-nilly decide to call a position sensitive,” said Angela Canterbury, director of public policy for the Project on Government Oversight, a nonpartisan watchdog group in [Washington](#).

Broad Designation

While the total number of employees affected isn’t known, she said, there are a half-million workers in jobs tied to the Defense Department that are labeled as sensitive.

“The DNI is going to have an interest in making the designations as broad as possible,” she said. “OPM is going to have an interest in reducing its liability. I’d like to think someone in the process is going to be thinking about whistle-blower protections and the impact this could have on civil servants.”

The White House has called attention to steps the president has taken to promote disclosure of waste and fraud.

Obama last November signed into law the Whistleblower Protection and Enhancement Act, and last October he signed a directive calling for protections for whistle-blowers in the intelligence community who have access to classified information.

Under *Berry v. Conyers* neither the whistle-blower law nor the directive appear to protect federal employees who have “sensitive” jobs without security clearances, Devine said.

He said the designations affect civilian employees at the Department of Defense, including cashiers and stock clerks, as well as the majority of employees in U.S. attorneys’ offices and the offices of inspectors general. Employees who conduct financial reviews of corporate disclosures at the Securities and Exchange Commission also may be covered, he said.

Federal employees may not know that their jobs have been designated “sensitive,” and that therefore they cannot appeal if they’re later deemed ineligible to hold the job, he said.

To contact the reporter on this story: Margaret Talev in Washington at mtalev@bloomberg.net

To contact the editor responsible for this story: Steven Komarow at skomarow1@bloomberg.net

Suivez l'actualité avec L'Express

Tapie-Sarkozy: les liaisons dangereuses

Par [Pascal Ceaux](#) et Jean-Marie Pontaut, publié le 26/02/2013 à 17:59, mis à jour à 18:25

Assoupi depuis deux ans, le dossier de l'arbitrage de l'affaire dite "Adidas" resurgit. Nicolas Sarkozy est-il intervenu dans la décision qui a rapporté 241 millions d'euros à Bernard Tapie?



Bernard Tapie est sûr de lui. Sûr que l'arbitrage de l'affaire dite "Adidas" ne sera pas annulé. Sûr qu'il gardera son argent.

REUTERS/Charles Platiau

On devrait toujours se méfier de ses agendas. Car, c'est bien connu, les écrits restent. [Nicolas Sarkozy](#) avait-il oublié l'adage presque aussi vieux que l'alphabet? L'ancien président de la République avait en tout cas l'habitude de conserver méticuleusement la trace de tous ses rendez-vous. Sa secrétaire particulière, la même depuis ses débuts à la mairie de Neuilly, notait les noms, les heures. Tout était consigné. Ce répertoire fastidieux s'est transformé en trésor, en 2012, lorsqu'il a été saisi par les policiers dans le cadre de [l'enquête Bettencourt](#).

Le juge bordelais [Jean-Michel Gentil](#), chargé de l'instruction sur les abus de faiblesse dont a été victime la vieille dame milliardaire, a d'abord exploité les documents pour son compte. Puis, bon

collègue, il a transmis une copie des pièces aux trois magistrats parisiens plongés dans une autre affaire complexe: l'arbitrage dans [le conflit opposant depuis des années Bernard Tapie au Crédit lyonnais](#).

Les juges ne se sont pas privés d'exploiter ce riche matériel. Depuis plusieurs semaines, ils ont également conduit une série de perquisitions chez les personnages clefs de la négociation: [Bernard Tapie](#) lui-même, les trois arbitres ayant pris une décision favorable à ses intérêts ([Pierre Mazeaud](#), [Jean-Denis Bredin](#), Pierre Estoup), mais aussi [Stéphane Richard](#), directeur du cabinet de [Christine Lagarde](#) du temps où elle dirigeait le ministère de l'Economie, et, plus surprenant, chez les avocats des parties en conflit, Mes [Maurice Lantourne](#) et Gilles August. Les juges s'interrogent sur la légalité de la sentence et sur la répartition des rôles dans le processus qui a abouti, en juillet et en novembre 2008, à un arbitrage positif pour l'homme d'affaires. En toile de fond, une question: Nicolas Sarkozy est-il intervenu dans la [décision qui a rapporté 241 millions d'euros à Bernard Tapie](#)?

Comme L'Express a pu le constater à la lecture des fameux agendas, les deux hommes se rencontraient régulièrement, surtout en 2007, année où s'est dénoué ce contentieux. Ainsi, avant l'élection présidentielle, entre le 8 janvier et le 28 avril 2007, pas moins de six rendez-vous sont mentionnés. Une fois à l'Elysée, le nouveau chef de l'Etat reçoit Tapie à douze reprises entre le 15 juin 2007 et le 21 novembre 2010. Parfois, ces rendez-vous recourent étrangement le calendrier des discussions autour de l'arbitrage. Prenons ainsi la date du 16 novembre 2007. Ce jour-là, un compromis est passé entre les protagonistes, d'un côté le Consortium de réalisation (CDR), créé pour le [règlement des contentieux du Crédit lyonnais](#), de l'autre le liquidateur du groupe Tapie. Tous deux acceptent pour la première fois, après des mois de discussions parfois houleuses, le recours à l'arbitrage. Le lendemain, un samedi, en fin d'après-midi, Bernard Tapie est reçu à l'Elysée. Difficile de penser que le sujet, obsédant et décisif pour lui, n'ait pas été évoqué.

Pour devenir ministre, Tapie doit vendre Adidas

Malgré leurs différences, l'éternel cadet de la droite et le jongleur de millions, autrefois chouchou de [François Mitterrand](#), apprécient quelque chose de l'autre. Un proche collaborateur de l'ex-président de la République se souvient de quelques "déjeuners étonnants" où la délicate question de l'arbitrage était évoquée, ainsi que "beaucoup d'autres sujets". "Il y avait une séduction réciproque, se rappelle-t-il. Tapie disait : "Voilà les arguments que j'utiliserais sur tel ou tel dossier". Sarkozy trouvait qu'il sentait bien les aspirations populaires." Quelques amitiés communes rapprochent aussi l'ex-chef de l'Etat et l'ancien patron de l'Olympique de Marseille. Ce dernier fréquente le fidèle d'entre les fidèles, [Brice Hortefeux](#). Il est aussi très lié à [Patrick Le Lay](#), ex-PDG de TF 1, la chaîne de [Martin Bouygues](#), un intime de Nicolas Sarkozy.

Celui-ci ne peut ignorer qu'un duel à mort oppose [Tapie et le Crédit lyonnais](#). L'homme d'affaires mène campagne sans trêve pour rétablir ce qu'il estime être ses droits. Il clame par monts et par vaux avoir été [floué lors de la revente d'Adidas](#), et frappe à toutes les portes. L'épisode remonte aux dernières années du mitterrandisme. Fin 1992, la gauche semble promise à un désastre aux élections législatives. A l'époque, le gouvernement de [Pierre Bérégovoy](#) tanguait dangereusement dans les roules d'une rigueur impopulaire et François Mitterrand sort de sa poche l'un de ses derniers atouts: Tapie. Il mise sur la popularité de cette figure très médiatique. Seulement voilà, pour basculer en politique, le fringant et tout frais ministre de la Ville doit en finir avec ses affaires. Il décide donc de céder Adidas, entreprise allemande acquise en 1990. Un mandat est confié au Lyonnais. Ce dernier, par l'intermédiaire de CityStar, une filiale offshore d'une banque américaine, s'assure d'abord la propriété du géant du sport. Elle le revend ensuite à Robert Louis-Dreyfus, très riche homme d'affaires international, dans des conditions qui permettront au Crédit lyonnais d'empocher un bénéfice de 1,6 milliard de francs, un an plus tard.

A la découverte de cette plus-value imposante, Bernard Tapie estime s'être "fait avoir". Evidemment, la banque ne partage pas ce point de vue: à entendre le Lyonnais, Adidas affichait une petite santé économique à la fin de l'ère Tapie, et le redressement spectaculaire de l'entreprise appartiendrait au seul Louis-Dreyfus. Il n'empêche, comme l'ont conclu toutes les procédures judiciaires et administratives, un dédommagement est bel et bien dû à Bernard Tapie. La guerre porte sur son montant, d'autant plus que c'est l'Etat qui doit régler la note. En effet, à la suite des difficultés d'un Crédit lyonnais au bord de la faillite, une structure ad hoc, sous l'égide des pouvoirs publics, a été constituée en 1995, le Consortium de réalisation (CDR). Sa mission: le règlement des contentieux de l'établissement financier, notamment celui qui l'oppose à Tapie.

"En sortir au plus vite et à moindre coût pour l'Etat"

Lorsqu'il arrive au ministère de l'Economie et des Finances, en 2004, Nicolas Sarkozy doit affronter ce dossier complexe. Très vite, il se laisse convaincre de la nécessité d'en finir avec un tel imbroglio. Alors que tous ses prédécesseurs ont choisi de laisser faire la justice, il défend l'option d'un [accord à l'amiable](#) et favorise donc la mise en place d'une médiation. "Ce que nous souhaitons, rappelle l'un de ses collaborateurs directs, c'était en sortir au plus vite, à un moindre coût pour l'Etat." Des documents émanant des services du ministère viennent encourager une médiation reposant sur un accord entre les parties. Ils alertent en effet sur le "risque financier" lié à la procédure judiciaire et sur "le manque de transparence" des opérations de la banque. A cela s'ajoute une note de [Claude Guéant](#), à l'époque directeur du cabinet du ministre Sarkozy. Elle s'inspire d'une étude juridique du parquet général de la Cour d'appel de Paris, alors dirigé par Jean-Louis Nadal. Celle-ci se prononce sans ambiguïté pour la recherche d'un accord.

Le processus de médiation est lancé le 12 novembre 2004. Pour trouver un terrain d'entente entre les parties est désigné l'ancien procureur général près la Cour de cassation, [Jean-François Burgelin](#). Réputé proche de la droite, ce haut magistrat, tout juste à la retraite, est connu pour sa rigueur. Il sait aussi jouer au mieux des subtilités des codes juridiques. La confrontation avec [Bernard Tapie](#) ne manque donc pas de rudesse. Après une exploration en profondeur du dossier, la solution retenue ne laisse à l'ancien ministre de la Ville que la moitié de ses biens après leur vente. Au terme des six mois prévus pour la négociation, les deux parties tombent d'accord... pour refuser la médiation. Bercy ne fait aucun commentaire public. Le dossier revient dans le champ judiciaire pour une durée indéterminée. A la justice "ordinaire" de trancher. Les efforts de Nicolas Sarkozy n'ont servi à rien.

Quand la cour d'appel de Paris rend son arrêt, le 30 septembre 2005, Tapie peut croire à une victoire par KO: les juges lui donnent raison et reconnaissent la faute du Crédit lyonnais. Ils lui attribuent à titre provisoire 135 millions de dommages et intérêts, une somme considérable au regard des pratiques habituelles. Mais le résultat n'est pas définitif. Dernière étape de ce très remuant steeple-chase judiciaire, l'adversaire, le CDR, se pourvoit en cassation. Un nouvel épisode cocasse ajoute alors au pittoresque de cette histoire hors du commun. Les projets d'arrêts du conseiller rapporteur - le magistrat chargé de proposer deux avis d'arrêt à la Cour - se retrouvent très inopportunément sur Internet, avant la décision. Erreur ou coup tordu destiné à favoriser Bernard Tapie? L'incident inédit provoque une petite tempête dans le sanctuaire de la magistrature française. Finalement, la Cour casse l'arrêt le 9 octobre 2006 et renvoie l'affaire devant une juridiction d'appel, à la surprise de la défense de Tapie. "Cette décision nous paraissait d'autant plus étonnante, se souvient l'un d'eux, Me [Olivier Pardo](#), que la nouvelle cour d'appel désignée pouvait accorder des dédommagements encore plus importants." Bref, le marathon continue.

Tapie, lui, ne décolère pas. Est-ce à moment là qu'il pense sérieusement à l'arbitrage, solution peu connue du public, mais en général très efficace dans les affaires? Toujours est-il qu'à la fin du quinquennat de [Jacques Chirac](#) il sonde diverses personnalités proches du pouvoir, ainsi que des hauts fonctionnaires. Les liquidateurs du groupe Bernard Tapie, chargés de ses intérêts depuis la faillite prononcée en 1994, finissent par proposer au ministre de l'Economie, [Thierry Breton](#), le recours au tribunal arbitral.

Ce dernier, après réception d'une note de ses services, sans ambiguïté, du 23 février 2007, ne donne pas suite: "Il apparaît contraire aux intérêts du CDR et de l'Etat, est-il écrit dans ce document, d'accepter la proposition des liquidateurs du groupe Tapie de régler l'ensemble des contentieux dans le cadre de la procédure arbitrale, eu égard aux risques évidents qu'une telle procédure présenterait pour le CDR."

Tant pis pour cette fois. Mais l'idée n'est pas pour autant abandonnée du côté de Bernard Tapie. Pendant la [campagne présidentielle](#), entre le 8 janvier et le 28 avril 2007, il rencontre donc à six reprises Nicolas Sarkozy, président de l'UMP et favori des sondages. Fort du précédent de 2004, quand ce dernier officiait à Bercy et se déclarait favorable à un arbitrage, il peut espérer une oreille attentive.

De fait, le changement opéré à l'Elysée redonne vie à cette option. Comme au son des trompettes de Jericho, les murs tombent. Tous les obstacles jusque-là édifiés devant la désignation d'arbitres s'effacent les uns après les autres. A l'automne 2007, le CDR lui-même tourne casaque. Il se prononce par quatre voix contre une en faveur de l'arbitrage, auquel il s'était toujours refusé avec constance. Quelques semaines plus tard, un compromis est passé. Trois personnalités sont désignées comme arbitres : un ancien président du Conseil constitutionnel, Pierre Mazeaud, l'avocat et académicien Jean-Denis Bredin et l'ancien premier président de la Cour d'appel de Versailles, un professionnel de l'arbitrage, Pierre Estoup (voir l'encadré page ci-contre).

Un dossier suivi de très près à l'Elysée

Au coeur de l'affaire, un homme observe ces revirements d'un oeil narquois. [Charles-Amédée de Courson](#) n'est pas n'importe qui. Député de la Marne depuis 1993, ce centriste au caractère entier appartient à une très vieille famille française. Chez les Courson, on naît noble depuis le Moyen Age. Mais on aime aussi la République. L'un des aïeux n'a-t-il pas voté la mort de Louis XVI? Le grand-père maternel, [Léonel de Moustier](#), s'est distingué en 1940 en étant l'un des 80 députés à refuser les pleins pouvoirs à [Philippe Pétain](#). Plus modestement, [Charles de Courson](#) est l'un des parlementaires chargés de la supervision du CDR. Mais il ne manque pas d'ardeur. Au fil des ans, il s'est découvert un ennemi avec lequel il n'hésite jamais à croiser le fer: Bernard Tapie. Pour lui, le recours à l'arbitrage reste une absurdité. "A ce moment-là, explique-t-il à L'Express, on met en place un ensemble de gens sûrs pour favoriser cette solution." Il n'est pas difficile de deviner de qui il parle. Plusieurs de ses cibles gravitent autour de l'Elysée: Claude Guéant, secrétaire général de la présidence, Stéphane Richard, directeur de cabinet à Bercy, et un avocat proche de ce dernier, Me Gilles August.

Charles de Courson s'associe alors au dirigeant du MoDem, [François Bayrou](#), et au responsable du groupe socialiste à l'Assemblée nationale, [Jean-Marc Ayrault](#), pour porter la contradiction devant le Conseil d'Etat. La tentative tourne court. Charles de Courson comprend vite combien son activisme dérange... Quelques jours plus tard, il compte parmi les invités du président de la République à l'Elysée. Nicolas Sarkozy reçoit un groupe de parlementaires de la majorité. Comme à son habitude, il a un petit mot pour chacun. "Lorsqu'est arrivé mon tour, se rappelle Charles de Courson, il ne m'a pas serré la main, il m'a juste apostrophé en me montrant du doigt

et en répétant à la grande surprise de mes collègues : "Tu as perdu ! Tu as perdu !"" Le député y voit la confirmation que le dossier est suivi de près à l'Elysée.

Les trois arbitres peuvent donc continuer leur travail. La voie est de plus en plus dégagée pour eux. Le CDR va jusqu'à écarter de sa défense son conseil historique, Me Jean-Pierre Martel, au profit de Gilles August. Et pour cause : Me Martel a toujours été hostile à une solution autre que judiciaire. La rapidité des discussions entre arbitres bat des records. Il est vrai que les représentants du CDR ne sont pas très loquaces... Au total, Mazeaud, Bredin et Estoup ne se concertent que cinq fois, ce qui est fort peu dans un dossier d'une telle importance pour l'Etat. "Tout s'est fait à un rythme totalement anormal, confirme Me Martel. Cela ressemblait à un escamotage." En outre, à y regarder de plus près, ni Bredin, ni Mazeaud ne connaissent les rouages de cette procédure complexe, faute de pratique. Seul Pierre Estoup maîtrise les ficelles de l'arbitrage, pour en avoir fait son activité principale.

La patronne de Bercy soutient sans faille la négociation

Un dernier bastion d'opposants à la négociation résiste au ministère de l'Economie. La haute administration freine des quatre fers, à coups de notes alarmistes. Ainsi, l'Agence des participations de l'Etat (APE) se distingue par sa constance: dans un avis du 1er août 2007, elle rappelle à la ministre Christine Lagarde que l'APE a "formellement déconseillé" la procédure arbitrale. Car celle-ci, ainsi que l'APE le précisait un peu plus tôt, est "susceptible de rouvrir des marges d'incertitude". [La patronne de Bercy passe outre](#). Assistée de son directeur de cabinet, Stéphane Richard, lui-même en liaison avec l'Elysée, elle apporte un soutien sans faille à la négociation.

L'arbitrage est finalement rendu le 28 juillet 2008. Il accorde à [l'ancien propriétaire d'Adidas 196 millions d'euros](#) net de boni et 45 millions d'euros de préjudice moral, non imposables. Hasard ou non, le président du tribunal arbitral, Pierre Mazeaud, est reçu le jour même par Nicolas Sarkozy, à l'Elysée, à 14 h 30. Le 28 novembre, une deuxième décision complète la sentence initiale. Pour Bernard Tapie, cette ultime victoire est presque totale. Il reçoit du CDR 85 % du maximum qui avait été fixé à l'origine du compromis. Un montant de dommages sans précédent. Le nouveau multimillionnaire peut être d'autant plus satisfait que l'ensemble n'est pas susceptible d'appel. Seule possibilité : une décision en nullité. Personne n'y croit alors. Et, après quelques hésitations et consultations de juristes, Christine Lagarde renonce à déclencher ce couperet.

La bataille va pourtant reprendre sur le terrain politique. L'opposition a un argument tout trouvé: les 45 millions de préjudice moral concédés à Tapie et à son épouse. La somme choque jusqu'au président du CDR, [Jean-François Rocchi](#), qui, selon un témoin direct, en est "consterné". La commission des Finances de l'Assemblée nationale, présidée par le député socialiste Jérôme Cahuzac (actuel ministre du Budget), se saisit alors du dossier. Elle transmet

des conclusions féroces à la [Cour des comptes](#), dont le rapport tourne, du coup, au réquisitoire contre la décision d'arbitrage. "En fait, conteste, Me Yves Repiquet, avocat de Christine Lagarde, il y avait une tromperie. Ce qui avait été transmis à la Cour des comptes n'était autre que les conclusions des socialistes, pas celles de la commission des Finances en son entier !"

[La ministre vacille néanmoins sous le feu des critiques](#). Car la Cour des comptes éveille les soupçons quant à l'impartialité de l'un des arbitres, en l'occurrence le plus expérimenté d'entre eux, Pierre Estoup. Une facture d'environ 12 000 francs et des rencontres révèlent qu'il est déjà intervenu dans le passé, à la demande de Me Maurice Lantourne, avocat de Tapie, pour le compte de ce dernier. Or il n'en a pas fait mention lors de sa désignation, comme l'y oblige la loi. L'information sème le trouble, y compris parmi les deux autres arbitres. "Nous n'étions pas au courant, assure aujourd'hui Pierre Mazeaud. Jamais Jean-Denis ni moi n'avons émis de doute sur Estoup." Pour les partisans de Tapie, le lien entre Estoup et Lantourne était occasionnel et n'avait pas à être signalé.

Mai 2011 : énième coup de théâtre

La suspicion est nourrie par des spécialistes des questions d'arbitrage. Professeur de droit à l'université de Saint-Quentin-en-Yvelines, Thomas Clay s'est toujours battu contre la sentence arbitrale. "La découverte des liens d'Estoup avec Me Lantourne autorisait la ministre à demander la récusation de cet arbitre, affirme-t-il, d'autant plus facilement qu'à ce moment-là le tribunal arbitral était encore constitué. Elle pouvait donc effectuer cette démarche qui avait 100 % de chance de réussir. Or, elle s'en est bien gardée !" Tout n'est pourtant pas fini.

En mai 2011, un énième coup de théâtre relance l'intérêt pour une pièce que l'on croyait jouée. L'acteur principal de ce nouvel épisode est une vieille connaissance: [Jean-Louis Nadal](#). On se souvient qu'il s'était déjà manifesté en 2004, lors de la tentative manquée de médiation. A l'époque, il occupait le poste prestigieux de procureur général de la Cour d'appel de Paris. Dans un rapport, il s'était déclaré en faveur d'une négociation. Sept ans plus tard, ce haut magistrat promu entre-temps au rang de procureur général près la Cour de cassation a fait évoluer sa réflexion. A quelques semaines de la retraite, il rédige un document assassin contre Christine Lagarde et saisit de son cas la Cour de justice de la République (CJR), apte à juger les ministres. Selon lui, l'ancienne patronne de Bercy s'est rendue coupable d'un abus d'autorité et doit être poursuivie. Ce contre-pied judiciaire suscite l'ire du président de la République, Nicolas Sarkozy. Selon nos informations, ce dernier convoque Jean-Louis Nadal à l'Élysée. Les murs tremblent comme les mains du haut magistrat, mis plus bas que terre par le chef de l'État. Trop tard. La colère présidentielle n'y peut rien. La machine de la Cour de justice est lancée.

Un incident bien dans le ton de l'incroyable feuilleton rompt les ultimes hésitations de la CJR. En juillet 2011, une de ses membres demande sa récusation, alors que la Cour s'apprête à rendre

sa décision concernant Christine Lagarde. [Laurence Fradin](#), épouse à la ville de l'ancien ministre socialiste Pierre Joxe, a déjà eu à traiter du dossier Tapie lorsqu'elle exerçait à la Cour des comptes. Elle ne s'estime donc pas en mesure de participer à la décision de la CJR. Ce départ imprévu provoque un report d'un mois, jusqu'au 4 août. La veille, les magistrats découvrent sur le site Mediapart l'information selon laquelle Pierre Estoup vient lui-même d'être récusé dans un arbitrage international pour ses liens avec l'avocat de Tapie ! Plus rien, désormais, ne retient les membres de la CJR. L'enquête est donc ouverte.

La sentence arbitrale menacée d'annulation

En quelques mois, le triomphe qui paraissait promis à Bernard Tapie est menacé. La défaite de Nicolas Sarkozy en mai 2012 a sonné comme une mauvaise nouvelle supplémentaire pour le [tout nouveau patron du journal La Provence](#). Car trois juges d'instruction parisiens mènent désormais l'enquête. Ils recherchent d'éventuels "détournements de fonds publics" et "complicité de faux par détournements d'actes". En clair, ils tentent de vérifier si l'arbitrage a bien respecté les règles et n'a pas été faussé. Les perquisitions menées tous azimuts, notamment à l'un des domiciles de Pierre Estoup, ont permis la saisie de nombreux documents toujours en cours d'examen. Ces magistrats tiennent dorénavant le sort de l'arbitrage entre leurs mains. En cas de trucage avéré, ils pourraient menacer la sentence arbitrale elle-même. Il serait en effet difficile de ne pas l'annuler et ordonner la restitution des sommes allouées à Bernard Tapie, effaçant d'un seul trait vingt années de bataille. Les combattants devraient alors recommencer la guerre, comme au premier jour.

Suivez l'actualité avec L'Express

Jean-Noël Guérini et Jean-David Ciot bientôt chez le juge Duchaine

Par [Delphine Saubaber](#), publié le 27/02/2013 à 09:03, mis à jour à 09:14

Le président du Conseil général et le premier secrétaire de la Fédération PS des Bouches-du-Rhône sont attendus chez le juge Charles Duchaine.



Le président du Conseil général des Bouches-du-Rhône Jean-Noël Guérini est attendu dans le bureau du juge Charles Duchaine.

AFP PHOTO/GERARD JULIEN

Double convocation judiciaire à venir pour le PS des Bouches-du-Rhône. Le 5 mars, [Jean-Noël Guérini, le président du Conseil général](#), ainsi que [Jean-David Ciot](#), le premier secrétaire de la [Fédération PS du département](#), sont donc attendus chez le juge [Charles Duchaine](#), [comme l'a révélé La Provence](#).

En jeu: pas de marchés publics présumés frauduleux, cette fois, mais une information judiciaire ouverte pour détournement de fonds publics, comme l'avait révélé le site Bakchich, touchant aux indemnités touchées par Jean-David Ciot au printemps 2011, lors de son licenciement après neuf ans passés au cabinet de Guérini.

Les enquêteurs soupçonnent une décision de complaisance, alors qu'il se serait agi d'un dispositif permettant à Ciot de se présenter aux législatives de 2012, à l'issue desquelles il a été élu député d'une circonscription d'Aix. Les intéressés nient fermement toute malversation.

En attendant, le juge Duchaine vient déjà de saisir 65 000 euros au premier secrétaire de la "Fédé" PS des Bouches-du-Rhône. La suite la semaine prochaine...

Suivez l'actualité avec L'Express

MOSCOU

Russie : les Pussy Riot libérées avant 2014?

publié le 26/02/2013 à 17:53, mis à jour le 27/02/2013 à 09:48

Selon l'une des trois Pussy Riot, la seule condamnée avec sursis pour une "prière punk" contre Vladimir Poutine, les deux autres pourraient être libérées avant les JO de Sotchi, en février prochain.

3



La Pussy Riot Ekaterina Samoutsevitch lors d'un entretien avec l'AFP le 25 février 2013 à Moscou

afp.com/Yuri Kadobnov

[Les deux Pussy Riot](#) qui purgent une peine de deux ans de camp pour [une "prière punk" contre Vladimir Poutine](#) pourraient être libérées par anticipation avant 2014. C'est en tous cas ce qu'estime [Ekaterina Samoutsevitch](#), leur co-accusée qui a, elle, été remise en liberté.

"La principale tâche consiste à obtenir la libération de Nadia et de Macha, déclare-t-elle en parlant des deux prisonnières, [Nadejda Tolokonnikova](#) et [Maria Alekhina](#). Je crois que si nous

arrivons à organiser leur défense à un haut niveau, il y a une chance qu'elles soient libérées par anticipation, avant d'avoir purgé leur peine de deux ans".

Nadejda Tolokonnikova, Maria Alekhina et Ekaterina Samoutsevitch avaient été [arrêtées en février 2012 dans la cathédrale du Christ-Sauveur](#), à Moscou, où elles avaient dansé et chanté pour demander à la Sainte-Vierge de "chasser Poutine" et dénoncer une collusion entre l'Eglise orthodoxe et le pouvoir politique.

En août, elles avaient été condamnées à deux ans de camp pour "hooliganisme" et "incitation à la haine religieuse".

A l'issue du procès en appel en octobre, Ekaterina Samoutsevitch, qui avait changé d'avocat, avait vu sa peine commuée en prison avec sursis et avait été libérée.

L'affaire a profondément divisé la société russe, mais le groupe est devenu depuis un symbole de la protestation contre le régime de [Vladimir Poutine](#), que de nombreux opposants accuse d'atteintes aux libertés.

L'affaire des Pussy Riot reste une épine dans le pied du président russe, estime d'ailleurs Ekaterina Samoutsevitch, soulignant que la pression politique pour la libération des deux autres jeunes femmes du groupe pourrait s'accroître à l'approche des jeux Olympiques de Sotchi, en février prochain.

"Poutine doit toujours répondre aux mêmes questions gênantes concernant la libération des membres des Pussy Riot, et je pense qu'il va encore être interrogé là-dessus, en particulier avant les JO. Alors je ne sais pas comment les autorités vont réagir et ce qu'elles vont faire", s'interroge Ekaterina Samoutsevitch.

Suivez l'actualité avec L'Express

Malade, Loïk Le Floch-Prigent est de retour en France, après 5 mois de prison au Togo

publié le 27/02/2013 à 07:26

L'ancien patron d'Elf est inculpé de complicité d'escroquerie. Libéré provisoirement pour raisons de santé, il est arrivé en France vers 6h30 mercredi.

0



Arrêté en septembre 2012 à Abidjan puis extradé, l'ancien patron d'Elf, aujourd'hui âgé de 69 ans, avait été incarcéré au Togo dans le cadre d'une enquête ouverte en 2011 par la justice togolaise sur une plainte d'un homme d'affaires émirati.

afp.com/Emile Kouton

L'ancien patron d'[Elf Loïk Le Floch-Prigent](#), libéré mardi pour [raisons médicales](#) après cinq mois de détention provisoire au Togo où il est inculpé de "complicité d'escroquerie", est arrivé mercredi matin en France, a annoncé son avocat.

"Il est arrivé. C'est un immense soulagement de le savoir en France", a déclaré Me [Patrick Klugman](#). [Loïk Le Floch-Prigent](#) est arrivé vers 6H30 à l'aéroport de Roissy-Charles-de-Gaulle

dans un vol en provenance de Lomé, a-t-on confirmé de source aéroportuaire. Arrêté en septembre 2012 à Abidjan puis extradé, l'ancien patron d'Elf, aujourd'hui âgé de 69 ans, avait été incarcéré au Togo dans le cadre d'une enquête ouverte en 2011 par la justice togolaise sur une plainte d'un homme d'affaires émirati. Ses avocats et sa famille avaient plusieurs fois demandé son évacuation sanitaire d'urgence vers la France [en raison de son état de santé](#), un appel relayé par le ministère des Affaires étrangères.

Une histoire "sans queue ni tête"

Selon ses proches, Loïk Le Floch-Prigent souffre de carcinomes (une forme de cancer de la peau) à la jambe qui doivent être suivis pour éviter le développement d'un cancer généralisé. Le parquet de Lomé a annoncé mardi soir la "libération provisoire" de l'ancien grand patron "pour des raisons de santé" et précisé qu'il allait prendre dans la foulée un vol pour Paris.

"A la suite des confrontations auxquelles j'ai assisté la semaine passée, les juges togolais se sont rendus à l'évidence que son maintien en détention n'était pas nécessaire", a déclaré mercredi Me Klugman. "Nous allons oeuvrer pour qu'il soit soigné au plus vite", a-t-il ajouté. "Nous demeurons également mobilisés pour qu'il soit mis hors de cause par la justice togolaise", a-t-il ajouté, en précisant que la défense de Loïk Le Floch Prigent allait demander que l'homme d'affaires émirati qui l'accuse fasse l'objet d'une expertise psychiatrique.

Loïk Le Floch Prigent a toujours clamé son innocence, niant toute malversation. Dans une interview à l'AFP fin janvier, il avait affirmé que cette histoire n'avait "ni queue ni tête", et accusé le plaignant d'avoir versé des pots-de-vin pour obtenir son arrestation. Il a déposé plainte en France pour corruption et le parquet de Paris a ouvert une enquête préliminaire

Suivez l'actualité avec L'Express

Des milliers de manifestants à Madrid contre l'austérité et la corruption

publié le 23/02/2013 à 18:19, mis à jour à 19:04

Fonctionnaires, enseignants, médecins, infirmières, féministes, écologistes, "indignés", mineurs... Ils se sont tous rassemblés pour protester contre la politique d'austérité du gouvernement Rajoy et les scandales de corruption.

5



Un pompier porte une pancarte "s'il n'y a pas de justice pour le peuple, il n'y aura pas de paix pour le gouvernement", lors d'une manifestation à Madrid le 23 février 2013.

[afp.com/Pierre-Philippe Marcou](http://afp.com/Pierre-Philippe_Marcou)

Des milliers de manifestants se sont rassemblés dans les rues de Madrid samedi pour une "marée citoyenne" unissant des Espagnols de tous horizons, pour dire "non!" à la politique d'austérité et aux [scandales de corruption](#) qui agitent la classe politique. "Nous en avons ras-le-bol", lançait [Luis Miguel Herranz Fernandez](#), un médecin hospitalier de 38 ans, en dénonçant "la politique des coupes budgétaires, la corruption, la baisse de qualité du système de santé".

"Marée citoyenne"

"Dans n'importe quel pays, cela servirait à quelque chose, mais ici, cela ne sert à rien. Le gouvernement ne nous écoute pas", affirmait le médecin alors que la foule multicolore se rassemblait, dans les roulements des tambours et le hurlement des sifflets, sur la place Colon dans le centre de Madrid. "Nous sommes ici tous unis, les médecins, les pompiers, les mineurs, et cela leur est égal".

Fonctionnaires, enseignants, médecins et infirmières, mouvements féministes, associations écologistes, petits partis politiques, groupes de la mouvance des "indignés" ou mineurs du nord de l'Espagne se sont rassemblés en quatre points de Madrid avant de converger samedi soir vers la place de Neptuno, près du Congrès des députés.

"Non! au coup d'Etat des marchés", pour "une véritable démocratie", pour la défense des services publics: les mots d'ordre sont multiples pour cette "marée citoyenne" du 23 février, jour anniversaire de la tentative de coup d'Etat militaire qui avait terrifié la jeune démocratie espagnole, le 23 février 1981.

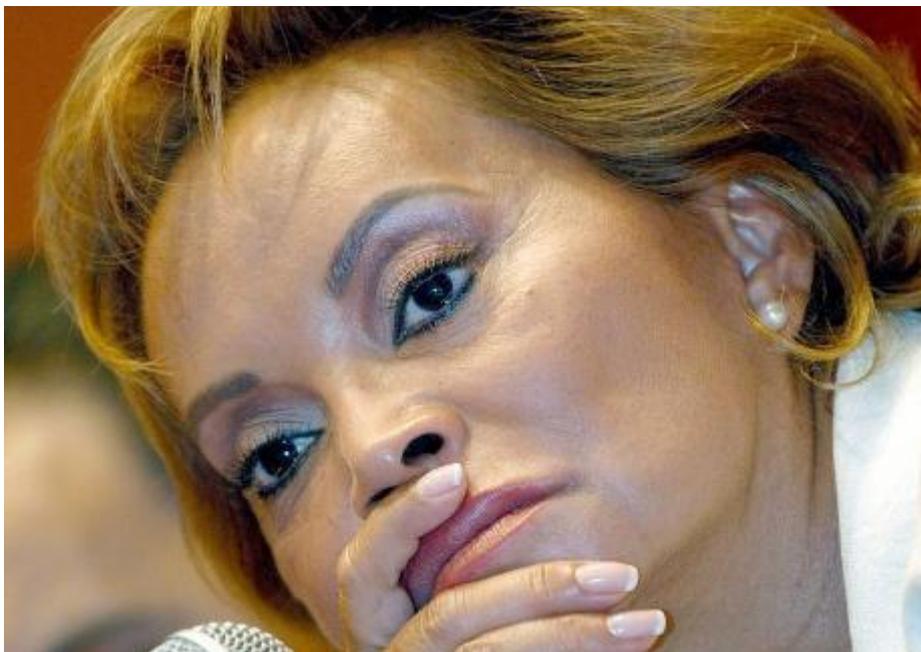
"Nous sommes très en colère", s'écriait [Cristina Martin Benito](#), une infirmière de 35 ans. "Nous sommes venus parce que cette manifestation citoyenne a été convoquée par toutes les 'marées', les mouvements de protestation par secteur professionnel qui se sont unis depuis que [la crise économique](#) nous frappe tous".

Austérité, corruption, chômage...

Cible de la colère des manifestants: la politique d'austérité menée depuis un an par le gouvernement de droite de [Mariano Rajoy](#), visant à récupérer 150 milliards d'euros sur trois ans, d'ici 2014, pour réduire le déficit du pays. Mais aussi les révélations quotidiennes sur [les scandales de corruption](#), qui éclaboussent les grandes institutions de l'Etat, jusqu'à la monarchie.

"C'est une accumulation. [Le chômage](#), la corruption, l'absence d'avenir pour les jeunes", résumait [Luis Mora](#), employé dans le secteur de la construction de 55 ans, venu manifester vêtu d'une blouse blanche sur laquelle il a épinglé des enveloppes, devenues en Espagne symbole d'indignation contre la corruption, où sont inscrits des chiffres: "10.000 euros", "20.000 euros"

Schönheits-OP statt Schulreform: Korruptionskandal in Mexiko



Elba Esther Gordillo soll mindestens 155 Millionen Euro an Gewerkschaftsgeldern veruntreut.

Foto: Jorge Nunez

(dpa) - Seit mehr als zwanzig Jahren führte sie Mexikos Lehrgewerkschaft und bremste jegliche Reformen. Dabei wurde Elba Esther Gordillo schwerreich und flog im Privatjet durch das Land. Nun wurde die 68-Jährige festgenommen. Sie soll Millionensummen veruntreut haben.

Elba Esther Gordillo, eine der mächtigsten Frauen Mexikos, ist wegen des Vorwurfs der Unterschlagung in Millionenhöhe festgenommen worden. Die Vorsitzende der mexikanischen Lehrgewerkschaft habe mindestens 2,6 Milliarden Pesos (155 Millionen Euro) an Gewerkschaftsgeldern veruntreut und auf Privatkonten in der Schweiz und Lichtenstein überweisen lassen, erklärte Generalbundesanwalt Jesús Murillo Karam am Dienstag (Ortszeit)

Festnahme am Flughafen

Ermittler hätten sie am Flughafen von Toluca westlich von Mexiko-Stadt gefasst. Das Geld sei für Immobilien, Luxusartikel, Schönheitsoperationen, Kunstwerke und die Wartung des Flugzeugs der 68-Jährigen ausgegeben worden, so die Staatsanwälte. Man habe aber erst einen Teil der möglichen Geldflüsse analysiert, sagte Karam. „Das ist eine Untersuchung, bei der immer noch viel fehlt.“

Gordillo führt die mexikanische Lehrgewerkschaft seit 1988. Sie galt als die mächtigste Frau Mexikos und als Symbol des alten Parteiapparats der Langzeit-Regierungspartei PRI. Als Gewerkschaftschefin bremste sie erfolgreich mehrere Präsidenten bei Bildungsreformen aus.

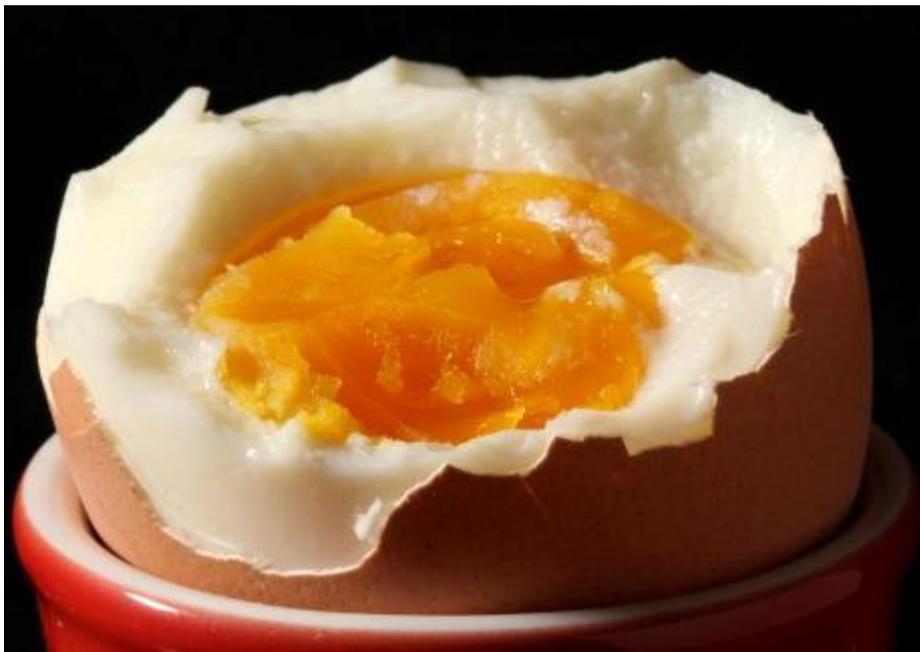
Sie gehörte bis zu ihrem Ausschluss 2006 der heute wieder regierenden Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) an, deren Generalsekretärin sie auch war. Nachdem sie die Vorwahlen zur Präsidentschaftskandidatur verloren hatte, wechselte sie zur inzwischen von ihr kontrollierten Partei Nueva Alianza.

Erziehungsreform schwächt Gewerkschaft

Einen Tag vor der Verhaftung hatte die Regierung von Präsident Enrique Peña Nieto eine von Gordillo heftig kritisierte Erziehungsreform beschlossen, mit der auch die Lehrgewerkschaft geschwächt wird. Die Gewerkschaft mit mehr als 1,5 Millionen Mitgliedern gilt als eine der mächtigsten in Lateinamerika und hat großen Einfluss auf die Politik. Mexikos Bildungssystem ist eines der schlechtesten in der OECD. Lehrer werden schlecht bezahlt, sind oft selbst schlecht ausgebildet und Positionen werden manchmal vererbt oder verkauft.

Mexikos neuer Präsident Peña Nieto ist seit 1. Dezember 2012 im Amt. Schon mehrere seiner Vorgänger hatten bei ihrem Amtsantritt angekündigt, die Korruption in Mexiko bekämpfen zu wollen

Deutschland: Bio-Eier womöglich falsch deklariert



Nach Pferdefleisch-Skandal besteht jetzt der Verdacht auf Täuschungen bei Bio-Eiern.
Foto: Martin Gerten

(dpa) - Wegen des Verdachts auf falsch deklarierte Eier aus Freiland- und Bio-Haltung in Deutschland hat die Grünen-Politikerin Renate Künast eine schärfere Kontrolle von landwirtschaftlichen Betrieben gefordert.

„Wichtig ist, dass vorne die Kontrollen ordentlich funktionieren. Das haben sie hier, auch die staatlichen, nicht getan“, sagte die Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion am Montag im ARD-Morgenmagazin. Kontrolleure prüften in den Betrieben zwar das Futter und die Haltung der Tiere im Allgemeinen, nicht aber die Zahl der Hühner insgesamt. Schärfere Strafen reichten allein nicht aus, um den Betrug in Landwirtschaftsbetrieben zu stoppen.

Die Staatsanwaltschaft Oldenburg ermittelt nach Angaben von Sonntag gegen rund 150 Betriebe in Niedersachsen, etwa 50 weitere Verfahren wurden an Ermittler in anderen Bundesländern abgegeben. Sollten die Ermittlungen tatsächlich ergeben, dass Bio- und Freiland- Betriebe Legehennen entgegen Vorschriften auf engstem Raum gehalten haben, müssten diese laut Künast auch öffentlich genannt werden

Oppenheim-Prozess beginnt mit schweren Vorwürfen gegen Ex-Banker

Angeklagt sind die vier ehemals persönlich haftenden Gesellschafter.



2007 war der Hauptsitz der Bank nach Luxemburg verlegt worden.

Foto: Guy Jallay

(dpa) - Zu Beginn des Strafprozesses gegen die ehemaligen Verantwortlichen der Privatbank Sal. Oppenheim hat die Staatsanwaltschaft schwere Vorwürfe erhoben. Die Bankenchefs sollen dem Traditionshaus demnach einen dreistelligen Millionenschaden verursacht und selbst davon profitiert haben. Das Untreue-Verfahren gilt als einer der spektakulärsten Wirtschaftsstrafprozesse der vergangenen Jahrzehnte.

Angeklagt sind die vier ehemals persönlich haftenden Gesellschafter: Matthias Graf von Krockow, Christopher Freiherr von Oppenheim, Friedrich Carl Janssen und Dieter Pfundt. Zudem wird der Immobilienmanager Josef Esch beschuldigt, der eng mit der Führung der Bank zusammengearbeitet hatte. Alle fünf beteuern - soweit sie sich bisher geäußert haben - ihre Unschuld. Das Strafmaß für Untreue im besonders schweren Fall liegt bei einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren.

Villa renoviert und billig vermietet

In dem Verfahren (Az 116 KLS2/12), das sich bis ins nächste Jahr hinziehen wird, geht es um drei Immobiliengeschäfte in Köln und Frankfurt. Die Angeklagten profitierten dabei nach Darstellung der Staatsanwaltschaft vom Aus- und Umbau einer Villa und zweier Bürogebäude. Die immer weiter wachsenden Kosten seien der Bank in Rechnung gestellt worden. In die laut Anklage aufwendig renovierte und dann zu billig vermietete Villa in Köln war Christopher von Oppenheims Mutter Jeane Freifrau von Oppenheim eingezogen.

„Ohne Nachfragen wurden die Kredite genehmigt“, sagte Oberstaatsanwalt Gunnar Greier. Hinweise von Mitarbeitern oder Sachverständigen, dass bestimmte Regelungen für die Bank doch recht unvorteilhaft seien, hätten die Chefs nicht weiter verfolgt. Oder es habe geheißen, „dass man ja eine Familie sei“.

78 Verhandlungstage anberaumt

In dem am Mittwoch begonnenen Verfahren, für das allein bis Ende des Jahres 78 Verhandlungstage eingeplant sind, geht es noch nicht um die gigantischen Spekulationen, die die Bank 2009 schließlich an den Rand des Ruins gebracht hatten. Diese sind Thema einer dritten Anklage, die am Dienstag veröffentlicht worden ist, aber voraussichtlich gesondert behandelt wird. In dieser neuen Anklage wird den Beschuldigten vorgeworfen, die Bank mit unzulässig riskanten Krediten um insgesamt 460 Millionen Euro geschädigt zu haben.

Hauptsitz 2007 nach Luxemburg verlegt

Das Bankhaus Sal. Oppenheim blickte auf eine mehr als 200-jährige Geschichte zurück. Kaum ein Name in der Finanzwelt hatte einen solchen Klang. Und dann war der Glanz doch ganz schnell dahin.

1789: Gründung durch Salomon Oppenheim in Bonn

1798: Französische Revolutionstruppen setzen in Köln erstmals Religionsfreiheit durch. Daraufhin Umzug der jüdischen Firma nach Köln

1837: Mitbegründung der Rheinischen Eisenbahn

1839: Mitbegründung einer Feuerversicherung. Dadurch beginnt die Entwicklung Kölns zum bedeutenden Versicherungsstandort

1858: Albert Oppenheim, ein Enkel des Gründers, konvertiert zum katholischen Glauben. Sein Bruder wird evangelisch

1867: Simon Oppenheim wird vom österreichischen Kaiser Franz Joseph in den Freiherrnstand erhoben

1938: Namensänderung auf Druck der Nationalsozialisten

1999: Vermögensverwaltung und Investmentbanking werden als Kerngeschäftsfelder definiert

2005: Übernahme der renommierten Frankfurter BHF-Bank. Aufstieg zur größten unabhängigen Privatbank Europas

2007: Verlegung des Hauptsitzes nach **Luxemburg**

2008: Sal. Oppenheim verspekuliert sich beim Handelskonzern Arcandor

2010: Übernahme durch die Deutsche Bank. Massiver Stellenabbau. Ende

Justice en Allemagne

27 février 2013 15:4

Les ex-patrons de Sal. Oppenheim jugés

Le procès des anciens dirigeants de la très aristocratique banque germano-luxembourgeoise, accusés d'abus de confiance, s'est ouvert ce mercredi, à Cologne.



Matthias Graf von Krockow et Carl Friedrich Janssen, deux anciens dirigeants de la banque. (photo: AFP)

Sal. Oppenheim a perdu gros

Sal. Oppenheim licencie les 2/3 de ses salariés

Le comte Matthias von Krockow, 63 ans, le baron Christopher von Oppenheim, 47 ans, l'ancien directeur financier Carl Janssen, 68 ans, l'ex-chef de la division d'investissement de la banque Dieter Pfundt, 60 ans, ont comparu mercredi, accompagnés de leur ancien associé, le magnat de l'immobilier Josef Esch, 56 ans, surnommé par les médias allemands le «Parrain de Cologne». Les ex-

dirigeants sont accusés de s'être personnellement enrichis dans l'immobilier au détriment de leur propre banque, et d'avoir fait profiter une de leurs proches des largesses de leur institut.

Le dommage total pour Sal. Oppenheim a été évalué à environ 150 millions d'euros et les anciens dirigeants sont passibles de jusqu'à dix ans de prison. Ce procès passionne en Allemagne car il lève le voile sur le monde habituellement discret de l'aristocratie et de la grande bourgeoisie du pays, dont Sal. Oppenheim était la banque de référence. Par ailleurs, ces affaires immobilières ne seraient que la partie émergée de l'iceberg.

Rapidement passés à l'attaque

Mardi, le parquet de Cologne a ainsi lancé de nouvelles poursuites pour abus de confiance à l'encontre des anciens dirigeants. En cause, les conditions d'allocation de crédits très risqués pour aider le groupe de tourisme et de distribution Arcandor, dont la faillite en 2009 a précipité celle de la banque elle-même. Sal. Oppenheim a dû être rachetée quelques mois plus tard par la première banque du pays, Deutsche Bank. La juge Sabine Grobecker a prévu pas moins de 78 jours d'audience d'ici la fin de l'année, et le procès va probablement se poursuivre l'an prochain.

Mercredi les accusés n'ont pas pris la parole, si ce n'est pour confirmer leur identité. Leurs avocats en revanche sont rapidement passés à l'attaque, en lançant une procédure contestant la composition du tribunal, que l'un d'entre eux a lue pendant près de deux heures sans interruption. Avant d'aller plus loin le tribunal doit donc vérifier s'il est compétent pour juger l'affaire. La prochaine audience a été reportée à jeudi prochain.

Affaire Tapie-Lagarde : perquisitions au domicile et au cabinet de Claude Guéant

Le HuffPost avec AFP | Publication: 27/02/2013 16:46 CET | Mis à jour: 27/02/2013 16:49



[France](#), [Actualités](#), [Affaire Tapie Lagarde](#), [Arbitrage Lagarde Tapie](#), [Arbitrage Tapie](#), [Bernard Tapie](#), [Elysee Forcé La Main De Bercy](#), [Elysée Bercy Tapie Lagarde](#), [Litige Credit Lyonnais Addidas](#), [Perquisition Gueant](#), [Role Elysee Affaire Tapie Lagarde](#), [Tapie Lagarde](#), [Tapie Lagarde Richard](#), [Actualités](#)

AFFAIRE TAPIE/LAGARDE - Nouveau rebondissement dans le feuilleton Tapie-Lagarde. D'après une source proche du dossier, la brigade financière parisienne a mené mercredi 27 février au matin des perquisitions au domicile et au bureau de Claude Guéant.

Selon les informations de France Info, des documents saisis lors de ces perquisitions [souligneraient le rôle joué par l'Élysée](#) dans l'arbitrage rendu en faveur de Bernard Tapie pour solder le contentieux entre l'homme d'affaire et le Crédit Lyonnais sur la vente d'Adidas. .

Bercy forcé par l'Élysée ?

Les enquêteurs s'intéressent au rôle de Claude Guéant, alors secrétaire général de l'Élysée, lors de l'arbitrage rendu en 2008 dans le cadre du vieux litige qui l'opposait au Crédit Lyonnais après le rachat de la société Adidas. Avec une question en toile de fond, celle d'une éventuelle intervention de l'Élysée pour forcer la main de Bercy dans la résolution du conflit.

À l'époque, en juillet 2008, un tribunal arbitral avait condamné le Consortium de réalisation (CDR), la structure publique qui gérait le passif de Crédit Lyonnais, à verser un total de 403 millions d'euros à Bernard Tapie au titre de préjudice moral. Une décision jugée litigieuse notamment en raison du rôle de Christine Lagarde, à l'époque ministre de l'Économie, qui avait elle-même donné son feu vert pour recourir à l'arbitrage avant de refuser d'exercer un recours contre la sentence, allant contre l'avis de certains de ses conseillers.

De nombreuses perquisitions [ont été réalisées ces dernières semaines](#), notamment aux domiciles de Bernard Tapie et de Stéphane Richard, qui était directeur de cabinet de Christine Lagarde au moment de l'arbitrage.

www.lemonde.fr | Publication: 24/01/2013 11:08 CET

Affaire Lagarde-Tapie : perquisitions aux domiciles de Bernard Tapie et de Stéphane Richard



[France](#), [Actualités](#), [Affaire Tapie Lagarde](#), [Bernard Tapie](#), [Perquisition Tapie](#), [Tapie Lagarde](#), [Tapie Lagarde Richard](#), [Actualités](#)

www.lemonde.fr:

L'affaire Lagarde-Tapie a connu une brutale accélération, jeudi 24 janvier au matin. Les policiers de la brigade financière ont mené, à Paris, deux spectaculaires perquisitions, aux domiciles de Bernard Tapie et de l'actuel PDG de France Télécom, Stéphane Richard.

Procès Rama Yade pour faux et usage de faux: une menace de plus pour l'ex-étoile sarkozyste

Le HuffPost | Par Geoffroy Clavel Publication: 28/02/2013 07:18 CET | Mis à jour: 28/02/CET2013 07:20



Suivre:

[Politique](#), [Rama Yade](#), [Yade Procès](#), [Centres](#), [Centrisme](#), [Justice](#), [Municipales 2014](#), [Udi](#), [Actualités](#)

POLITIQUE - Ses détracteurs, à droite comme à gauche, savourent l'instant. Rama Yade comparait ce jeudi 28 février devant le tribunal correctionnel de Nanterre. Un épisode judiciaire dont la jeune vice-présidente de l'UDI et ex-égérie des années Sarkozy se serait bien passé.

Privée de mandat national, marginalisée au sein du parti de centre-droit monté par Jean-Louis Borloo, l'ancienne ministre de 36 ans joue une partie de son avenir politique [sur une banale affaire de domiciliation électorale](#). Un comble pour celle qui avait fait de son ancrage local la condition de sa carrière politique, quand Nicolas Sarkozy voulait la propulser en tête de liste des élections européennes.

Jusqu'à trois ans de prison

La justice la soupçonne d'avoir triché à deux reprises sur sa domiciliation pour pouvoir être inscrite sur la liste électorale de Colombes. D'abord en décembre 2009 lorsqu'elle a fourni

l'adresse d'un local commercial, sa permanence située non loin de la mairie. Puis deux ans plus tard quand, après avoir été radiée d'office de cette liste, elle a tenté de se faire réinscrire en déclarant habiter dans un appartement de la ville.

L'affaire peut sembler anecdotique. Mais les charges retenues contre Rama Yade sont graves: faux, usage de faux et inscription indue sur une liste électorale à Colombes (Hauts-de-Seine), où elle est élue d'opposition. Avec, à la clé, une menace d'un an d'emprisonnement pour le volet "faux" et [jusqu'à trois ans de prison et 45.000 euros d'amende pour l'infraction au code électoral](#). Le tout agrémenté d'une peine d'inéligibilité.

Une sanction encore hypothétique mais qui pourrait s'avérer désastreuse politiquement en la privant d'élection municipale en 2014. Ce qui n'a pas échappé à son représentant légal. C'est une "manière d'instrumentaliser la justice pour tenter d'évincer un concurrent", et ainsi "essayer de rendre inéligible (sa) cliente afin de l'empêcher de se présenter aux élections municipales en 2014", dédramatise son avocat Me Antonin Levy pour qui le dossier ne tient pas.

A la grande époque des "sarkozettes"

Depuis trois ans, Rama Yade traîne cette affaire comme un boulet qui plombe une carrière politique entamée sur les chapeaux de roue mais désormais en sérieuse perte de vitesse. Toujours populaire - "elle est adulée par les militants", assure son compagnon de route à l'UDI Dominique Paillé- mais ombrageuse, l'élue locale est également volontiers décrite comme "tapageuse", voire "incontrôlable" par ses nouveaux amis centristes. "C'est une jeune femme plein de talent et dans le conglomérat des ambitions de l'UDI, il n'y a pas beaucoup d'enthousiasme à lui céder la place qu'elle mérite", relativise encore Dominique Paillé.

Un caractère bien trempé qui ne date pas d'hier. En 2007, la presse, qui n'est jamais à l'abri d'un mauvais mot, saluait l'avènement des "sarkozettes". Péresse, NKM, Dati, Yade puis Jouanno... Autant de femmes jeunes, iconoclastes et peu connues du grand public mais promues au gouvernement par la volonté de Nicolas Sarkozy de féminiser le personnel politique à droite.

Cinq ans plus tard, toutes ont su tracer leur route, en rupture ou avec l'UMP. De toutes, Rama Yade était pourtant celle qui avait débuté le précédent quinquennat avec le plus de panache. Nommée secrétaire d'Etat aux Droits de l'homme aux côtés d'un Bernard Kouchner qui n'en voulait pas, la jeune femme sort du rang dès l'hiver 2007 en critiquant la visite d'Etat de Kadhafi à l'Elysée: "Notre pays n'est pas un paillason".

La formule insupporte une droite qui n'a toujours pas digéré l'ouverture mais sa liberté de ton fait mouche dans l'opinion. En 2009, malgré son exfiltration au secrétariat aux Sports, elle s'installe [en tête des palmarès d'opinion](#) et s'impose comme le ministre le plus aimé du gouvernement.

Déconvenues électorales et choix à contre-temps

Boudée par l'Elysée, isolée à l'UMP, Rama Yade quitte le gouvernement Fillon à l'automne 2010 en même temps que Jean-Louis Borloo qu'elle suivra au Parti radical puis à l'UDI. Mais son bilan politique est famélique. Pas une loi ne portera son nom et les déconvenues électorales se sont enchaînées. Echec aux municipales de Colombes en 2008, gadin aux élections régionales de 2010. Et les révélations du *Canard Enchaîné* sur la facture de sa

chambre d'hôtel en Afrique du Sud lors du désastreux Mondial de football [écornent sérieusement son image d'insoumise](#).

Récemment, le président PS de la région Ile-de-France, Jean-Paul Huchon, s'est fendu d'un commentaire peu glorieux. "En 2010, il y avait les quatre guerrières: Péresse, Jouanno, NKM et Yade. Moi, le bon gros, et bien je les ai eues!"

Les autres ont rebondi, Rama Yade se cherche encore. Critique à l'égard de la ligne droitiste empruntée par Nicolas Sarkozy après son discours de Grenoble, l'ex-sarkozette accuse l'UMP de "copier" le programme de la Droite populaire (aile dure de l'UMP) et mise tout son capital politique sur une candidature Borloo en 2012.

Patatras. Borloo renonce, et Rama Yade est [tenue de revenir, à contre-cœur, au bercail sarkozyste](#) alors que la campagne présidentielle s'enflamme sur le halal et l'Europe des frontières.

Embourbée dans ses soucis de listes électorales, Rama Yade ne parvient même pas à [se qualifier au second tour des législatives dans son "fief" des Hauts-de-Seine](#).

Prise de distance politique

Ses soucis ne s'arrêtent pas là. [Dégradée de son poste stratégique de présidente des investitures](#) à l'UDI, contestée dans sa propre fédération des Hauts-de-Seine, la jeune femme, [qui attend son premier enfant](#), a d'ores et déjà pris ses distances avec la politique à plein temps. "Elle ne force pas la porte. Elle a été échaudée, comme moi, par la non-candidature de Borloo à la présidentielle. Depuis, elle joue sa partition", glisse l'ancien porte-parole de l'UMP Dominique Paillé.

Mais les désaccords stratégiques s'affichent. Et la mésentente avec Jean-Louis Borloo commence à se voir. "Je ne vois pas comment l'UDI peut durablement s'imposer dans l'espace politique si elle n'envoie pas de candidats aux élections et notamment à Paris", [tacle-t-elle après que le président de l'UDI a renoncé à se présenter dans la capitale](#).

Selon [le site spécialisé Acteurs Publics \(lien payant\)](#), la conseillère régionale a repris son poste d'administrateur au Sénat. Et elle a, semble-t-il, écarté toute ambition de briguer une place aux municipales parisiennes.

Un départ en catimini? A 36 ans, "Rama a une arme extraordinaire: elle a le temps", pense Dominique Paillé. Une relaxe devant le tribunal correctionnel de Nanterre serait un excellent argument pour rebondir.

A revoir: Rama Yade, princesse rebelle

